

Der Aufstieg der AfD in der Wählergunst

Rechtspopulistische Einstellungen und Vertrauen in die Bundesregierung als Einflussfaktoren

Karl-Heinz Reuband¹

1. Einleitung

Seit ihrer Gründung im Frühjahr 2013 hat die AfD in der Bevölkerung an Zustimmung gewonnen: Der Anteil derer ist gestiegen, die in Umfragen angeben, sie wählen zu wollen. Und die Zahl derer ist gewachsen, die sie bei Bundestags-, Landtags- und Europawahlen wählten. Erreichte die AfD in der Bundestagswahl von 2013 4,7 % der Zweitstimmen, gewann sie in der Bundestagswahl von 2017 12,6 %, in der von 2021 10,3 % und in der von 2025 20,8 % der Zweitstimmen. Damit hat sich der Anteil in wenigen Jahren – von kurzen Phasen der Stagnation unterbrochen – mehr als verdoppelt. Und ein Ende des Aufschwungs muss damit noch nicht erreicht sein: Bundesweiten Umfragen zufolge ist der Anteil potentieller AfD-Wähler im März/April 2025 auf Werte zwischen 23 % und 25 % gestiegen. Parallel dazu ist der Abstand zur CDU/CSU als Parteien, die gemeinsam aus der Bundestagswahl als Siegerinnen hervorgingen, zeitweise bis auf null Prozentpunkte geschrumpft (DAWUM 2025).

Nicht wenige Autoren haben den Aufstieg der AfD in der Wählergunst als Zeichen für einen dramatischen Wandel in den politischen Grundorientierungen der Bevölkerung interpretiert – als einen „Rechtsruck“, der eine zunehmende Verbreitung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen bedeutet. In der Tat fehlt es nicht an Belegen dafür, dass die AfD in ihrem Programm, den Reden ihrer Politiker und in anderen Formen semi-öffentlicher oder öffentlicher Selbstdarstellung rechtspopulistische bis rechtsextreme Positionen vertritt (Lehmann et al. 2019, Kraske und Laabs 2024). Der Verfassungsschutz klassifiziert die Partei auf Bundesebene entsprechend als „in Teilen rechtsextrem“, auf der Ebene einzelner Bundesländer gar als „gesichert rechtsextrem“.

Angesichts dessen liegt es nahe, den Anstieg der Partei in der Wählergunst als Zeichen für eine zunehmende Ausbreitung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen zu interpretieren. Schließlich müsse jeder Wähler wissen, was für eine Partei es ist, der er seine Stimme gibt. An Informationen und Berichten dazu fehlt es nicht. Welche Ausrichtung sie vertritt und dass sie bei vielen

¹ Prof. Dr. Karl-Heinz Reuband ist Professor für Soziologie (em.), Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Beobachtern als rechtsextrem gilt, ist in der medialen und politischen Öffentlichkeit seit langem ein Thema. Weil Menschen gewöhnlich jener Partei ihre Stimme geben, mit deren politischem Profil sie übereinstimmen (es sei denn es handelt sich bei ihrer Wahl um reinen Protest), müsste das politische Profil der Partei und das ihrer Wähler daher mehr oder minder deckungsgleich sein.

Doch eine solche Kausalattribution, die den Aufstieg der AfD mit einem Wandel in den grundlegenden politischen Orientierungen der Bevölkerung verknüpft und den Wähleranteil mit dem Anteil an Rechtspopulisten und Rechtsextremisten in der Bevölkerung mehr oder minder gleichsetzt, muss – so plausibel sie auf den ersten Blick erscheinen mag – nicht notwendigerweise die Realität widerspiegeln. Es ist ebenso denkbar, dass mit der Wahl der AfD lediglich ein konstantes (oder gar sinkendes) rechtspopulistisches bzw. rechtsextremes Potential in der Bevölkerung vermehrt ausgeschöpft wird. Hinweise für eine gestiegene Ausschöpfung ergeben sich aus zwei Studien: Zum einen aus einer infratest-dimap Studie, bei der zwei Erhebungen aus den Jahren 2016 und 2023 miteinander verglichen wurden, wobei sich die Verbreitung der rechtspopulistischen/rechtsextremen Einstellungen als konstant erwies, aber der Anteil der AfD-Wähler in der Zwischenzeit zugenommen hatte. Gedeutet wurde dies als eine gestiegene Bindung des rechten Milieus an die AfD (infratest-dimap 2023). Hinweise für eine gestiegene Ausschöpfung ergeben sich zum anderen aus Erhebungen der Leipziger Forschungsgruppe zum „Autoritarismus“ (auf deren Befunde wir im Folgenden zurückgreifen). Ihnen zufolge äußerten im Jahr 2020 32 % der Befragten mit einem „geschlossen-rechtsextremen Weltbild“ eine AfD-Wahlpräferenz, in den Jahren 2022 sowie 2024 jeweils 57 % (Decker et al. 2024b: 57).

Wie es sich verhält, wenn ein längerer Zeitraum in die Betrachtung einbezogen wird als in den oben genannten Fällen, ist freilich eine andere Frage, und sie ist durchaus offen. Die Verhältnisse könnten bei erweiterter Perspektive anders und mehr durch Wandel als durch Stabilität des rechtspopulistischen/rechtsextremen Potentials gekennzeichnet sein. Dass sich der Anteil dieses Potentials kurzfristig erhöhen kann – vermutlich beeinflusst von zwischenzeitlichen Ereignissen –, dafür sind die Ergebnisse der jüngsten „Mitte-Studie“ ein Beispiel (Zick et al. 2023b). Sie zeigten einen erheblichen Anstieg gegenüber der Vorgängeruntersuchung, während andere Erhebungen aus etwa der gleichen Zeit eine Konstanz der Verhältnisse erbrachten. Eine derartige Diskrepanz legt die Möglichkeit von Periodeneffekten nahe.²

² Untersuchungen, welche den gleichen Zeitraum mit etwas differierenden Zeitpunkten umspannen (und mit einem etwas anderen Indikatorenpektrum), erbrachten auf der Einstellungsebene keine vergleichbaren Ausschläge wie die „Mitte“-Studie (Petersen 2023a, infratest-dimap 2023, dazu Reuband 2023, 2024a).

2. Zielsetzung und methodische Grundlagen

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie sich in der Bundesrepublik im zeitlichen Verlauf die Verbreitung rechtspopulistischer/rechtsextremer Einstellungen verändert hat. Dabei interessiert neben dem Einfluss von Ereignissen – wie die Corona-Krise – vor allem der längerfristige Wandel. Im Zusammenhang damit wird ebenfalls zu klären sein, welche Entwicklung das Vertrauen in die Handlungskompetenz der Regierung und welche Entwicklung die Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme genommen hat. Ebenfalls wird zu diskutieren sein, ob die Wahl der AfD Ausdruck reinen Protests oder Ausdruck einer Übereinstimmung mit Ideologie und Zielen der AfD ist und als wie rechtsextrem die AfD und ihre Wähler³ sowohl von der Bevölkerung als auch von ihren Wählern gesehen wird.

Um der Frage nach der Entwicklung rechtspopulistischer/rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung nachzugehen, greifen wir auf publizierte Ergebnisse der Leipziger „Autoritarismus“-Studien zurück (Decker et al. 2024a: 269). Diese haben den Vorteil, auf der Basis gleichartigen methodischen Vorgehens eine seit Anfang der 2000er Jahre bestehende Zeitreihe mit Ergebnissen auch aus jüngster Zeit zu bieten (die letzte Erhebung stammt von 2024). Die bundesweiten Erhebungen basieren auf face-to-face-Befragungen mit schriftlichem Befragungsteil. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach dem Prinzip einer Randomauswahl (Random Route-Verfahren).⁴

Ergänzend ziehen wir punktuell den ALLBUS 2021 und das kumulierte Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen für die Jahre 1977-2022 sowie 2023 heran (alle drei Erhebungen archiviert im GESIS-Datenarchiv: GESIS ZA 5289,7856,8785). Beim ALLBUS 2021 handelt es sich um eine postalische und per Online durchgeführte bundesweite Befragung auf der Basis einer Randomstichprobe aus dem Melderegister der ausgewählten Städte und Gemeinden, beim Politbarometer um eine bundesweite Erhebung auf der Basis telefonischer Befragungen, die sich auf eine Zufallsauswahl von Telefonnummern in Kombination mit einer Auswahl der Befragten nach der last-birthday-Methode stützen. Beide Erhebungen dienen im folgenden Beitrag dazu, vor allem den Stellenwert von Regierungsvertrauen und gesellschaftlicher Problemwahrnehmung auf die Wahl der AfD zu bestimmen.

³ Wir benutzen im Folgenden (im Einklang mit der üblichen Praxis zu dem Thema) synonym die Begriffe Wähler und Anhänger, zumal die Operationalisierung in den Umfragen die Gleiche ist. Es geht um Wahlpräferenzen, nicht um tatsächlich getätigte Wahlen.

⁴ In der Publikation zur Erhebung von 2004 (Decker und Brähler 2005) sind nur die Angaben zum Anteil derer aufgeführt, die den jeweiligen Statements zustimmten, in den späteren Publikationen ist ebenfalls der Anteil für „teils/teils“ ausgewiesen. Tabelle 1 des vorliegenden Beitrags beginnt aus diesem Grund mit dem Jahr 2004, Tabelle 2 mit dem Jahr 2006. Angaben zu den Antwortverteilungen der einzelnen Statements im Jahr 2002 sind in der oben genannten Publikation nur vereinzelt aufgeführt. Ergebnisse für 2002 sind in späteren Publikationen lediglich in Skalenform und beschränkt auf „manifest-rechtsextreme“ Einstellungen im Zeitvergleich aufgeführt.

Die Leipziger Autoritarismus-Studie operationalisiert – ähnlich wie die Bielefelder „Mitte-Studie“ und andere Autoren – rechtsextreme Einstellungen über sechs Dimensionen, die von der Akzeptanz einer rechtsgerichteten Diktatur, Nationalchauvinismus, Verklärung der NS-Zeit, Ausländer-/Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus bis Sozialdarwinismus reichen. Jede Dimension umfasst drei Statements, die als Indikator für das jeweilige Konzept gelten.⁵ Die Indikatoren waren ursprünglich auf die Erfassung rechtsextremer Einstellungen ausgerichtet, doch die Übergänge auf der Ebene der Statements zum Rechtspopulismus sind fließend (Küpper et al. 2021: 82; Reuband 2024a: 63), weswegen man sie ebenso gut unter den Oberbegriff des Rechtspopulismus fassen könnte. Statt jedes Mal den Begriff „rechtspopulistisch/rechtsextrem“ zu verwenden, ziehen wir es im Folgenden aus pragmatischen Gründen daher vor, verkürzt die Begrifflichkeit „rechtspopulistisch“ bzw. „Rechtspopulismus“ zu verwenden, wobei der Rechtsextremismus als spezielle Variante und Verdichtung des Rechtspopulismus stets mitgedacht ist.

Die Antworten auf die jeweiligen Statements in der Autoritarismus-Studie der Leipziger Forschergruppe werden über eine 5-er Skala erfasst, die von einer vollen Zustimmung bis hin zu einer vollen Ablehnung der Aussage reicht, mit „teils/teils“ als Mittelkategorie. Die explizite Zustimmung zu dem Statement wird von der Leipziger Forschergruppe als „manifeste“ Zustimmung bezeichnet, die Zustimmung zu „teils/teils“ als „latente“ Zustimmung. Gegenüber dieser Praxis hat es gelegentlich Kritik gegeben, muss „teils/teils“ doch nicht zwangsläufig eine Zustimmung bedeuten. In der Tat kann sich hinter dieser Nennung auch Meinungslosigkeit, Indifferenz oder Ambivalenz verbergen. Gleichwohl: die Tatsache, dass keine explizite Ablehnung mit der Aussage verbunden wird, legt zumindest die Möglichkeit von Zustimmung nahe. Die Neigung mag zu unterschiedlichen Zeiten, unter dem Einfluss von Ereignissen, unterschiedlich stark sein. Und sie mag daher unter Umständen auch eher eine implizite Verneinung als eine implizite Zustimmung bedeuten. Angesichts der Möglichkeit partieller Zustimmung ist es sinnvoll, bei Vergleichen über die Zeit nicht nur die manifeste Zustimmung, sondern ebenfalls die uneindeutige „teils/teils“ Antwortoption in die Betrachtung miteinzubeziehen.

⁵ Die Entwicklung des Indikatoreninstrumentariums geht ursprünglich auf eine Konsenskonferenz von Soziologen und Politikwissenschaftlern zum Thema Rechtsextremismus zurück. Die dort entwickelten Indikatoren werden heutzutage in der Forschung am häufigsten komplett oder in Teilen zur Messung rechtspopulistischer/rechtsextremer Einstellungen eingesetzt. Mag man auch an dem einen oder anderen Statement inhaltliche oder methodische Kritik üben, so ist andererseits doch klar, dass sie sich – wie bei jeder Messung – nur auf ein begrenztes Kontingent von Indikatoren stützen können. Diejenigen Statements werden gewöhnlich gewählt, von dem man zum Zeitpunkt ihrer Entwicklung meint, sie würden das Phänomen in seinen Erscheinungsformen am besten erfassen (was die Aktualisierung und Ergänzung durch weitere Indikatoren zu späterer Zeit nicht ausschließt).

Wir bleiben bei der Analyse im Folgenden auf der Ebene der einzelnen Statements. Jedes einzelne stammt aus einem breiten Pool möglicher Indikatoren für das jeweilige Konzept.⁶ Und jedes setzte spezifische Akzente, nimmt auf unterschiedliche Aspekte Bezug und kann deshalb auch unterschiedliche Wege im zeitlichen Verlauf einschlagen. Deswegen ist es sinnvoll, sich die Verhältnisse auf der Ebene der einzelnen Indikatoren anzuschauen, bevor man diese gegebenenfalls in einer Skala zusammenfasst (vgl. auch Hyman 1972: 226ff.) Ein weiterer Grund, die Indikatoren einzeln zu betrachten, ergibt sich aus der Möglichkeit, direkte Vergleiche mit anderen Erhebungen anzustellen, die sich des gleichen Instrumentariums bedienen. Studien veröffentlichen die Ergebnisse in der Regel zumindest auf der Ebene der einzelnen Indikatoren, wählen aber ggf. eine von anderen Studien etwas differierende Skalenkonstruktion.

3. Rechtspopulistische Einstellungen im Wandel

Auf den Zeitraum von 2004-2024, der in diesem Beitrag den Bezugsrahmen bildet, entfallen mehrere spektakuläre Ereignisse: die Finanzkrise 2007/08, die Eurokrise ab 2009/10, der Flüchtlingszuzug 2015/16 und die Corona-Krise 2020-2022. Es handelt sich um Krisen, die den Alltag der Bürger in unterschiedlichen Maße betreffen und die Dimensionen rechtspopulistischer Orientierungen in unterschiedlichem Maße betreffen. Entsprechende Reaktionen in der Bevölkerung sind denkbar. So könnte die Eurokrise, bei der es u.a. um Kredite Deutschlands an andere Nationen ging und Zweifel bestanden, ob sie jemals zurückbezahlt werden, insbesondere die nationale („chauvinistische“) Dimension aktiviert haben und der Flüchtlingszuzug 2015/16 vor allem die ethnozentrisch ausgerichtete Dimension. In dem einen Fall wäre eine vermehrte Forderung nach Durchsetzung eigener, nationaler Interessen gegenüber dem Ausland denkbar, in dem anderen Fall ein Anstieg in der Zahl derer, die meinen, dass die Migranten den deutschen Sozialstaat ausnutzen. Im Fall der Corona-Krise ist die Situation etwas komplizierter: Wenn Krisen autoritäre Tendenzen fördern, wie einige Autoren gemeint haben, dann müsste sich dies in einem generellen Anstieg von rechtspopulistischen Einstellungen zeigen.

Die Finanzkrise entstand 2007 aus der US-Immobilienkrise und wurde zu einer weltweiten Finanzkrise, bei der – so auch in Deutschland – Rettungspakete für Banken verabschiedet wurden, um einen Banken-Zusammenbruch zu verhindern. Die Eurokrise entwickelte sich 2009/10 aus der Finanzkrise von 2007/08 und

⁶ In der Psychologie stützten sich Skalen meist auf eine Vielzahl von Einzelindikatoren, 20-30 Statements sind keine Seltenheit. In den Sozialwissenschaften ist es – nicht zuletzt aus Gründen der Praktikabilität und zeitlicher, interviewgegebener Restriktionen – üblich, sich auf maximal drei Indikatoren zu beschränken, wie im Fall der Studien der Leipziger Forschungsgruppe und der „Mitte-Studie“ der Bielefelder Forschungsgruppe.

wurde zu einer globalen Krise der EU, bei der ein Rettungsschirm aufgestellt wurde, um Staatspleiten zu verhindern, Deutschland in großem Umfang Kredite zur Verfügung stellte und heftige Diskussionen über eine Vergemeinschaftung von Schulden auf der EU-Ebene entbrannten. Ein Auslöser der Krise war Griechenland, das kurz vor der Pleite stand. In der Wahrnehmung der Deutschen avancierte die Euro-Krise ab Ende 2010 zu dem wichtigsten aktuellen Problem des Landes, 2012 erreichte die damit verbundene Verunsicherung ihren Höhepunkt (Forschungsgruppe Wahlen 2025).

Betrachtet man die in den *Tabellen 1 und 2* dargestellten Befunde, so lässt sich wider Erwarten in den Zeiträumen der Finanz- und der Eurokrise kein Anstieg in der Bejahung des Statements finden, denen zufolge ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland geboten sei. Auch nimmt nicht die Zahl derer zu, die meinen, dass es das oberste Ziel deutscher Politik sein müsste, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht. Die entsprechenden Zahlen beim Vergleich der Jahre 2006 und 2008 einerseits und der Jahre 2010 und 2012 andererseits erbringen entweder eine Konstanz oder zeigen sogar einen leichten Rückgang der Werte.

Was die Migrationskrise angeht, so entfällt der Flüchtlingszustrom mehrheitlich auf die Jahre 2015/16. Hier lässt sich in der Tat im Jahr 2016 gegenüber 2014 ein Anstieg der Zahl derer feststellen, die meinen, dass die Ausländer nur hierherkommen, um „unseren Sozialstaat auszunutzen“. Desgleichen gibt es einen Anstieg der Zahl derer, die der Ansicht sind, die Bundesrepublik sei durch die vielen Ausländer „überfremdet“. Im letzteren Fall z.B. steigt die „manifeste“ Zustimmung zu dem Statement von 27 % auf 32 % (*Tabelle 1*) und die „manifeste“ in Kombination mit der „latenten“ von 53 % auf 62 % (*Tabelle 2*).

Bezieht man jedoch die Erhebung von 2012 in die Betrachtung ein, so unterscheiden sich die Werte von 2016 kaum mehr. Von einem generellen Anstieg kann angesichts dessen nicht gesprochen werden. Man gewinnt vielmehr den Eindruck, als würden die jährlichen Zahlen z.T. eher zufälligen Schwankungen unterliegen, die dann zwar durch Reaktionen auf Ereignisse in gewissem Maße überlagert werden, aber nicht notwendigerweise grundlegende Neuorientierungen hervorrufen. Dies muss nicht ausschließen, dass 2015/16 – eher auf issuespezifischer Ebene als auf einer Ebene politischer Grundüberzeugungen – die Zahl derer zunahm, die meinten, dass Deutschland durch den massenhaften Zustrom überfordert sei (vgl. u.a. Forschungsgruppe Wahlen 2015, 2016).

Im Fall der Corona-Krise lässt sich nach deren Ausbruch in der Mehrzahl der Vergleiche, die man über alle Indikatoren hinweg anstellen kann, ein Rückgang in der Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen und nicht – wie von vielen Beobachtern erwartet – ein Anstieg feststellen. So liegen die Zahlen für 2020 und 2022 niedriger als 2018, und bei einer Mehrzahl liegt selbst der Wert von 2022 nochmals

niedriger als 2020. Betroffen vom Rückgang sind mehr oder minder alle Dimensionen und nahezu alle Indikatoren, die diesen Dimensionen zugeordnet sind.

Tabelle 1: Indikatoren zur Messung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen im Zeitverlauf – „manifeste“ Zustimmung ohne „teils/teils“ (in %)

	2004	2006	2008	2010	2012	2014	2016	2018	2020	2022	2024
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform	10	9	6	9	7	7	7	8	5	5	4
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert	24	26	22	24	16	16	22	19	17	15	18
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert	17	15	13	13	10	9	11	11	9	7	9
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben	39	40	35	38	39	30	35	37	35	30	32
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland	28	31	26	31	30	21	26	34	20	21	23
Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht	27	28	22	27	27	21	22	25	17	19	21
Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen	14	12	10	11	11	8	6	9	8	4	7
Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden	9	8	8	7	8	7	6	8	6	5	5
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten	12	11	9	10	10	9	8	8	6	5	5
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen	34	37	31	34	36	27	32	36	28	27	33
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat schicken	35	35	30	32	32	24	26	27	19	21	25
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maß überfremdet	38	39	32	36	37	28	34	36	26	26	34
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß	19	18	18	17	20	12	11	10	10	7	9
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen	17	14	15	15	15	10	10	8	8	6	7
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns	17	14	15	15	15	10	10	9	6	7	7

	2004	2006	2008	2010	2012	2014	2016	2018	2020	2022	2024
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen	18	18	16	15	15	8	8	10	8	9	9
Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen	15	15	13	13	18	13	12	11	11	8	9
Es gibt wertvolles und unwertes Leben	13	10	10	11	11	9	10	10	6	6	9

Basis: Ausgewiesen ist die Zustimmung („stimme überwiegend zu/ stimme voll und ganz zu“), die Angaben „teils/teils“ in der Skala sind nicht mit aufgeführt; eigene Berechnungen.

Die Statements 1-3 werden in der Literatur gewöhnlich zugerechnet der Dimension „Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur“; 4-6 „Nationalchauvinismus“, 7-9 „Verharmlosung des Nationalsozialismus“, 10-12 „Fremdenfeindlichkeit“, 13-15 „Antisemitismus“, 16-18 „Sozialdarwinismus“.

Antwortkategorien zu den oben aufgeführten Statements: „lehne völlig ab - lehne überwiegend ab - stimme teils zu, teils nicht zu - stimme überwiegend zu - stimme voll und ganz zu“. (*Hier: „stimme überwiegend“ und „stimme voll und ganz zu“ zusammengefasst; eigene Berechnungen*)

Quelle: Für 2004: Decker und Brähler (2005), für 2006 ff.: die Publikationen zu den einzelnen Erhebungen, aufgeführt in Decker et al. (2024a: 269), aus Platzgründen hier nicht alle im Literaturverzeichnis eigens gelistet.

Tabelle 2: Indikatoren zur Messung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen im Zeitverlauf – „manifeste“ und ambivalente („latente“) Zustimmung zusammengefasst (in %)

	2006	2008	2010	2012	2014	2016	2018	2020	2022	2024
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform	29	27	27	23	22	24	27	19	16	19
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert	49	46	45	40	36	45	43	38	38	39
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert	34	33	29	25	23	23	28	22	22	24
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben	71	66	70	69	58	65	66	64	59	61
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland	62	57	62	60	50	55	65	50	51	48
Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht	58	56	57	57	49	49	54	44	49	43
Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen	28	28	29	28	22	24	27	19	16	19
Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden	24	24	24	25	22	22	28	24	19	18
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten	32	32	33	32	30	29	30	25	21	20

	2006	2008	2010	2012	2014	2016	2018	2020	2022	2024
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen	69	64	66	66	59	66	66	59	58	66
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat schicken	64	59	60	59	51	54	53	43	45	52
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maß überfremdet	68	60	63	64	53	62	64	53	53	62
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß	42	42	42	44	33	32	31	35	29	32
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen	35	37	37	37	29	28	29	27	23	23
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns	36	38	39	39	30	28	29	25	24	25
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen	39	39	37	35	27	28	31	26	29	25
Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen	37	36	36	38	33	33	32	32	27	26
Es gibt wertvolles und unwertes Leben	26	28	28	27	24	23	24	19	22	19

Quelle: wie Tabelle 1

In dieser Hinsicht sind die Ergebnisse nicht einzigartig. Sie lassen sich – in z.T. noch akzentuierterer Form – ebenfalls anderen bundesweiten Erhebungen entnehmen, wie denen der „Mitte-Studie“ (Zick et al. 2023b), des Instituts für Demoskopie (Petersen 2023) oder auch welchen auf Bundesländerebene (dazu ausführlicher Reuband 2024a). Welche Ursachen für den Rückgang verantwortlich sind, ist unklar. Auffällig ist – wie an anderer Stelle ausführlicher dargestellt (Reuband 2023) –, dass das Vertrauen in die Handlungskompetenz der Regierung nach Beginn der Corona-Krise jäh anstieg und der soziale Zusammenhalt in der Bevölkerung positiver beurteilt wurde als zuvor. Unter diesen Bedingungen könnte es sein, dass eine positiver getönte Weltsicht den Blick mitbestimmte, dieser die rechtspopulistischen Ressentiments überlagerte und zurückdrängte.

Der Rückgang in der Befürwortung rechtspopulistischer Positionen im Gefolge der Corona-Krise blieb nicht von Dauer. Nach Ende der Corona-Krise stiegen die Werte in der Regel wieder an. In einigen wenigen Fällen gingen sie weiter zurück.⁷ Würde man einen Globalvergleich über die verschiedenen Indikatoren hinweg anstellen, bei dem man die Zeit der Corona-Krise als Referenzpunkt wählt – wie dies bei einigen Autoren geschehen ist –, so lägen die jüngsten Werte darüber. Würde man jedoch die Zeit vor der Corona-Krise zum Maßstab nehmen, so

⁷ In einigen Fällen liegen die Werte 2024 niedriger als 2022, so bei den Indikatoren für Sozialdarwinismus, zudem bei zwei Indikatoren für Nationalchauvinismus. In anderen Fällen bleiben Werte auf gleichem Niveau. In neun der 18 Indikatoren liegen die Werte von 2024 jedoch über denen von 2022.

lägen die jüngsten Werte darunter. Der beschriebene Verlauf der rechtspopulistischen Einstellungen ist nicht nur für die hier diskutierten Erhebungen typisch, sondern ebenso für andere Studien, die sich der gleichen oder ähnlicher Indikatoren bedienen (Reuband 2023, 2024a). Die Frage, ob ein Anstieg rechtspopulistischer/rechtsextremer Einstellungen in jüngster Zeit stattgefunden hat, ist also nicht generell, sondern nur in Bezug auf die jeweils gewählte Zeitspezifikation angemessen zu beantworten. Von einem Anstieg des Rechtspopulismus kann unter Bezug auf die Zeit vor Corona nicht die Rede sein.

Wie stellt sich die Entwicklung rechtspopulistischer Einstellungen dar, wenn man einen längeren Zeitraum in den Blick nimmt als den auf einzelne Krisen beschränkten? Betrachtet man zunächst die Zeit bis zur Gründung der AfD im Jahr 2013, so ist kein Anstieg ersichtlich, der eine solche Entwicklung hätte erwarten lassen. Die Zahlen für die Jahre 2012 oder 2014 (unmittelbar vor bzw. nach Gründung) liegen alle unter denen des Jahres, das den Ausgangspunkt unseres Vergleichs darstellt – dem Jahr 2004 bzw. 2006 –, oder sie bewegen sich auf gleichem Niveau. Erweitert man den Zeitraum bis in die Gegenwart hinein ergibt sich ebenfalls kein Hinweis auf einen Anstieg rechtspopulistischer Einstellungen. Im Gegenteil: Die Zahlen aus jüngster Zeit liegen alle unter denen, die für den Ausgangspunkt des Vergleichs typisch waren. Und die Jahre in der Zwischenzeit weisen eine mittlere Position auf.

Würde man die pro Dimension verwendeten Indikatoren in einer Skala für Rechtsextremismus zusammenführen, wie es die Autoren der „Autoritarismus“ Studie tun (Decker et al. 2024b: 50), so würde der Abwärtstrend seit 2002 prägnant zutage treten, und er würde alle Dimension umfassen.

Einen Anstieg rechtspopulistischer Einstellungen gibt es weder im längerfristigen noch im kurzfristigen Vergleich. Dies gilt auch für den Antisemitismus, von dem gerade in jüngster Zeit oft angenommen wird, er wäre gestiegen. Zwar gibt es im Jahr 2024 einen Anstieg gegenüber 2022 – aber diese Entwicklung ist, wie die in den anderen Dimensionen, an der Entwicklung der Corona-Krise zu messen und zu deuten: als einen Normalisierungsprozess, der die Verhältnisse der Vor-Corona-Zeit wiederherstellt. Tatsächlich liegen die neusten Werte sogar unter denen von 2018. Das gilt selbst dann, wenn man die Indikatoren zu einer Skala zusammenfasst und den härteren Kern von Personen mit Antisemitismus in den Blick nimmt. Der Anteil derer mit „manifestem“ Zustimmung zur Dimension „Antisemitismus“ liegt 2024 bei 4,6 %, vor Corona (2018) lag er bei 5,2 %. Rund 20 Jahre früher, im Jahr 2004 lag er noch bei 9,9 % (Decker et al. 2024b: 45).

Dass der Antisemitismus in der Bevölkerung seit Jahren abnimmt, hat auf der Basis einer Bestandsaufnahme von Umfragen unlängst Heiner Meulemann umfassend dokumentiert (2024). Und dass es selbst in jüngster Zeit – nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 – keinen Anstieg gab, sondern

einen weiteren Rückgang des Antisemitismus, belegt eine neue Umfrage des American Jewish Committee. Danach belief sich die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bundesrepublik – gemessen über einen Index, der auf einer Zusammenfassung mehrerer Indikatoren basiert – 2015 auf 16 %, 2019 auf 15 %, 2023 auf 12 % und 2024 auf 9 % (American Jewish Committee 2025). Die Zahlen haben sich nahezu halbiert. Dass sich kein Anstieg im Antisemitismus seit den Ereignissen am 7. Oktober 2023 ereignet hat, das belegt auch eine jüngst veröffentlichte Untersuchung unter Studierenden, die sich auf Erhebungen aus den Jahren 2023 und 2024 stützt (Hinz et al. 2025).

Dass die Zahl antisemitischer Vorfälle, gemessen an den Statistiken von Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen – wie RIAS (2025) – in den letzten Jahren, besonders seit dem 7. Oktober 2023, gestiegen ist, muss dazu kein Widerspruch sein. Zum einen sagt die Zahl nichts über die Zahl der daran beteiligten Personen aus. Es kann – wie bei vielen anderen Phänomenen (im Bereich kultureller Partizipation ebenso wie der Kriminalität) – ein kleiner Teil daran überproportional beteiligt und für eine Vielzahl der Ereignisse verantwortlich sein. Deren Bereitschaft, entsprechend zu agieren, kann gestiegen sein. Unter diesen Bedingungen wäre die Zahl der Akteure konstant, während die Zahl der Aktionen sich vergrößert hätte. Zum anderen kann es sein, dass ein nennenswerter Anteil der Täter in den Umfragen unterrepräsentiert ist – sei es aus einer überproportionalen Ablehnung einer Teilnahme heraus oder aus anderen Gründen (wie etwa einer spezifischen migrantischen Zugehörigkeit). Nicht zuletzt mögen eine gestiegene Sensibilisierung und vermehrte Erfassung ein Grund für den Anstieg registrierter antisemitischer Vorfälle sein.

Dass antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung in jüngerer Zeit nicht angeiegen sind, ist andererseits keine Garantie, dass es so auch in der Zukunft bleiben wird. Die Politik der israelischen Regierung in Nahost, insbesondere in Gaza und im Westjordanland, mag bei einigen Personen ohnehin bestehende antisemitische Einstellungen verstärken. Bei anderen aber werden sie womöglich erst geschaffen: Durch die Gleichsetzung von Israelkritik mit Antisemitismus. Und durch die Marginalisierung jüdischer und israelischer Kritik an der Politik der israelischen Regierung, wodurch der Eindruck einer de facto universalen jüdischen Unterstützung des Vorgehens in Gaza und dem Westjordanland vermittelt wird.⁸

⁸ Während früher argumentiert wurde, die Kritik an Israel sei nicht per se antisemitisch, werden nunmehr die Grenzen verstärkt verwischt, die Kritik zunehmend als antisemitisch deklariert. Dadurch, dass jüdische und israelische Kritik selten in den Medien ein Thema ist, deren Kritiker oftmals marginalisiert, als Antisemiten (vgl. u.a. Cheema und Mendel 2025) oder als „nützliche Idioten“ diffamiert werden, wird der Eindruck einer nahezu universalen Übereinstimmung zwischen dem staatlichen israelischen Handeln in Gaza bzw. Westjordanland und den Juden in Israel und anderen Ländern suggeriert. Was im Kampf gegen Antisemitismus als Mittel zur Bekämpfung des Antisemitismus gedacht ist, läuft unter diesen Umständen Gefahr, diesen selbst zu

4. Konstanz und Wandel des Vertrauens in die Bundesregierung

Die Corona-Krise reduzierte nicht nur vorübergehend die Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen in der Bevölkerung, sie ging auch mit einem verstärkten Vertrauen in die Handlungskompetenz der Regierung einher. Sie verschaffte der Regierung geradezu einen spektakulären Vertrauenszuwachs. Dass die Bundesregierung ihre Arbeit „eher gut“ macht, meinten vor der Corona-Krise, in den Jahren 2014 bis 2017, um die 70 % der Deutschen. Der andere Teil gab an, sie täte es „eher schlecht“. Die Flüchtlingskrise dämpfte 2015 und 2016 das Positivurteil vorübergehend ein wenig und ließ die Zahlen etwas sinken. Danach erholten sie sich wieder. Kurz vor Ausbruch der Corona-Pandemie, in den Jahren 2018-2019, lag das Positivurteil über die Bundesregierung in der Bevölkerung zwischen 50 % und 60 % (Forschungsgruppe Wahlen 2025).

Nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie änderte sich die Situation, stieg die Wertschätzung der Regierung jäh an. Lag die Zahl derer, welche die Regierungsarbeit als „eher gut“ bezeichneten, im März 2020 noch bei 61 %, so war sie im Mai auf über 80 % gestiegen. Auf diesem Niveau verblieb es monatelang. Erst Anfang 2021 begann die Zustimmung wieder zu sinken und pendelte sich auf Werte um 60 % bis 70 % ein – Werte, die noch über denen der unmittelbaren Vor-Corona-Zeit lagen und als eine Wiederherstellung früherer Verhältnisse angesehen werden können.

Ab Mitte 2022 begannen die Zustimmung erneut zu sinken – erst auf etwas über 50 %, und ab Frühjahr 2023 auf unter 50 %. Die Relation zwischen der Beurteilung der Arbeit der Regierung als „eher gut“ oder „eher schlecht“ verschob sich schließlich so sehr, dass sie in einer Umkehr der Verhältnisse mündete: Ende 2024 hielten nur noch 24 % der Befragten die Arbeit der Bundesregierung für „eher gut“, 72 % hingegen für „eher schlecht“ (Forschungsgruppe Wahlen 2025). Diese Grundhaltung führte in der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 zur Abwahl der Regierung und trug – so ist zu vermuten – auch zum Aufschwung der AfD in der Wählergunst mit bei. Denn sicher ist: Wer mit der Regierung unzufrieden ist, der neigt überproportional zur Wahl der AfD.

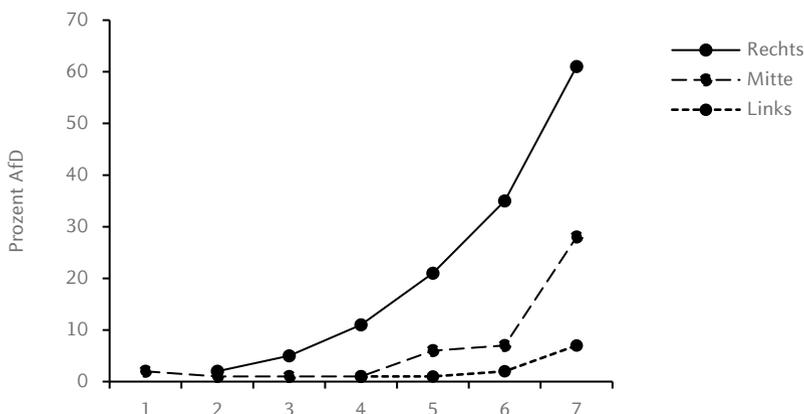
Dass die Unzufriedenheit mit der Regierung überproportional die Wahl der AfD begünstigt, hatte sich schon in einer Zeit gezeigt, in der die AfD noch in einer Frühphase ihrer Existenz war und einen relativ geringen Wähleranteil stellte (Schmitt-Beck et al. 2019). Der Einfluss erwies sich gewichtiger als eine ganze Reihe von anderen Einstellungen, denen zunächst ein hoher Erklärungswert

schaffen und zu verstärken. Zur komplexen Frage des Verhältnisses von Antisemitismus und Israel-Kritik siehe auch Benz (2020). Auf der Ebene der Indikatoren für „israelbezogenen Antisemitismus“ lässt sich zwischen 2022 und 2024 bislang allenfalls ein Anstieg um drei bis vier Prozentpunkte feststellen (vgl. Decker et al. 2024b: 61, Grafik 14) – was man noch als eine normale Zufallsschwankung ansehen kann.

zugeschrieben wurde. Allerdings war die Wende der Partei von dem eurokritischen zum migrantenkritischen Fokus zu dieser Zeit noch nicht vollständig vollzogen, so dass darin ein Grund gelegen haben könnte, warum manche Einstellungen keinen so bedeutungsvollen Einfluss ausübten, wie man hätte erwarten können.

Dass das fehlende Vertrauen in die Regierung auch in späteren Jahren massiv die Wahl der AfD begünstigt, lässt sich unter Rückgriff auf den ALLBUS 2021 belegen⁹: Unter denen, die auf der 7-stufigen Vertrauensskala angaben, sie hätten großes Vertrauen in die Regierung, optierten gerade mal 1 % für die AfD, unter denen am anderen Ende der Skala – ohne jegliches Vertrauen – waren es 37 %. Nun ist die Wahl der AfD bei Unzufriedenheit mit der Regierung natürlich keine zwingende Option. Wer unzufrieden ist, könnte sich ebenso gut für die „Linke“ als Oppositionspartei entscheiden. Ob diese eine Option darstellt oder nicht, ist von den politischen Überzeugungen abhängig. Wer in seinen politischen Überzeugungen eher weit rechts steht, wird sie üblicherweise meiden und eher die AfD favorisieren.

Abbildung 1: AfD-Wahlpräferenz in Abhängigkeit von Links-Rechts-Selbsteinstufung und Ausmaß fehlenden Vertrauens in die Regierung (in %)



Die Nummerierung 1 bis 7 beinhaltet das Vertrauen in die Regierung, für Abbildung (anders als in Vorlage für die Befragten) codiert mit 1 für das höchste und 7 für das niedrigste Vertrauen

Quelle: ALLBUS 2021, GESIS ZA5280; eigene Auswertung

Als summarischen Indikator für politische Überzeugungen entlang des Links-Rechts-Kontinuums kann man die Links-Rechts Selbsteinstufung verwenden. Sie korreliert mit den in unserer Analyse verwendeten rechtspopulistischen Einstellungen (Zick und Mokros 2023: 72) und kann (mangels entsprechender Daten im

⁹ Eigene Auswertungen.

Politbarometer und ALLBUS¹⁰) hier als Ersatz, als Proxy, dienen. Gliedert man nach der Links-Rechts-Selbsteinstufung der Befragten auf (*Abbildung 1*), so wird in der Tat deutlich sichtbar, wie sehr die Wahl der AfD von der Unzufriedenheit mit der Regierung in Kombination mit der politischen Selbsteinstufung abhängt. Unter denen, die sich auf der 10-stufigen Links-Rechts-Skala rechts einstufen (die Werte 7-10 wählen)¹¹ und am unzufriedensten mit der Arbeit der Regierung sind (Wert 1 auf der 7er Skala), präferieren 61 % die AfD. Unter den Unzufriedenen mit Einstufung in der Mitte der Links-Rechts-Skala (Werte 5-6) sind es 28 %, und unter denen, die sich links einstufen (Werte 1-4) sind es 7 %. Selbst unter denen, die sich politisch rechts einstufen, aber großes Vertrauen in die Regierung haben, gibt es praktisch niemanden, der sich für die AfD entscheiden würde

Je mehr sich die Befragten dem rechten Spektrum zurechnen, desto stärker wird der Effekt, der von der Zufriedenheit mit der Regierung ausgeht.¹² Das muss nicht zwingend bedeuten, dass der größte Zuwachs aus dem Kreis derer kommt, die sich politisch rechts einordnen. Denn es kommt auch auf die numerische Größe der Ausgangsbasis an. Und nach den Befunden des ALLBUS zählen sich 38 % der Bundesbürger zu dem eher linken Spektrum, 46 % zur Mitte und nur 16 % zum rechten Spektrum. Trotz des Überwiegens der Anteile links oder Mitte, bleibt jedoch als Befund, wonach die AfD-Wähler sich überwiegend aus Personen mit rechter Selbsteinstufung zusammensetzen. Der Anteil liegt bei ihnen bei 63 %, bei den Nichtwählern der AfD bei 14 %.¹³

¹⁰ Im ALLBUS sind einige Fragen zu dem Themenkomplex enthalten, aber nicht diejenigen, die Gegenstand der hier herangezogenen Erhebungen der Leipziger Forschergruppe sind.

¹¹ Inwieweit sich die Befragten, die auf dem Skalometer rechts eingeordnet werden, sich in ihrer politischen Orientierung als rechts ansehen, ist eine offene Frage. Es mag durchaus sein, dass der Bezug zwischen den nicht-nummerierten Kästchen der 10-stufigen Skala und der eigenen politischen Etikettierung für sie weniger eindeutig ist als für den Forscher, der abstrakt anhand der Vorlage eine Einstufung vornimmt. So könnte man z.B. auch eine etwas andere Kategorisierung wählen und die Mitte breiter fassen. Die von uns gewählte Fassung entspricht einer weithin üblichen, so auch bei Decker et al. (2024a: 143).

¹² Die Korrelation zwischen der Zufriedenheit mit der Regierung und der Wahl der AfD korreliert unter denen, die sich politisch links einstufen, mit $r = -.13$, Mitte $r = -.27$, rechts $r = -.49$ ($p < 0,001$). (gewichtet mit Ost-West-Personengewicht).

¹³ In dem Vertrauen in die Regierung spiegeln sich teilweise die Vertrauenswerte anderer Institutionen wider. Aufgrund der personalen und institutionellen Überschneidungen gibt es offenbar in gewissem Umfang in der Bewertung Generalisierungstendenzen, so etwa im Hinblick auf die Parteien, den Bundestag und die Bundesregierung. Sie alle laden in der Faktorenanalyse, die sich auf die Gesamtheit der Vertrauensfragen bezieht, auf dem ersten Faktor. Dementsprechend sind die Korrelationen zwischen ihnen hoch: zwischen dem Regierungsvertrauen und dem Vertrauen in die Parteien besteht ein $r = .76$ ($p < 0,001$) und dem Vertrauen in den Bundestag $r = .83$ ($p < 0,001$). Ungeachtet dessen kann aber eine eigenständige Entwicklung des Regierungsvertrauens als gesichert gelten. Dies belegt der Vergleich auf Institutionenebene. Danach ist das Vertrauen in die Parteien – im Gegensatz zum Regierungsvertrauen – in den letzten Jahren konstant geblieben: 2019 gaben 65 % an, den Parteien zu vertrauen, im Herbst 2024 waren es mit 66 % praktisch genauso viele (Statista 2025).

5. Die Corona-Krise als „Kipppunkt“ des Vertrauens in die Bundesregierung?

Der Rückgang des Regierungsvertrauens in der Zeit der Corona-Krise hat manche Kommentatoren dazu gebracht, den Ursprung der Entwicklung in den staatlichen Maßnahmen zu sehen, die damals gegen die Ausbreitung des Corona-Virus ergriffen wurden, darunter Lockdowns, Maskenpflicht etc. (vgl. u.a. Gaschke 2022a, b).¹⁴ Die Corona-Politik sei der „Kipppunkt“ (Klapsa 2024) gewesen, der die Wende gebracht hätte und das Vertrauen erodieren ließ, heißt es. Diese Deutung ist in mehrerer Hinsicht irreführend: Sie nimmt einen falschen Zeitpunkt als Ausgangspunkt. Es wird die Hochphase des Regierungsvertrauens in der Zeit der Corona-Krise als Ausgangspunkt anstelle der Vor-Corona-Zeit zugrunde gelegt. Und es wird unterstellt, dass es die Strenge der ergriffenen Maßnahmen gewesen sei, welche die Vertrauenskrise in Gang setzte.

Welche Gründe für den Höhenflug des Regierungsvertrauens zu Beginn der Corona-Krise 2020 verantwortlich waren, ist eine offene Frage. Dass die eingeleiteten Corona-Maßnahmen – darunter ab März 2020 ein Lockdown – den Bürgern das Gefühl gab, effektive Strategien seien seitens des Staates eingeleitet, und sie deshalb der Regierung mehr vertrauten als zuvor, ist denkbar, aber im Einzelnen ungeklärt. Untersuchungen legen nahe, dass es nicht die Maßnahmen selbst waren, sondern eher ein „Rally round the flag“-Phänomen, das zu dieser Zeit ein Gefühl von Zusammenhalt¹⁵ und Identifikation mit dem Regierungshandeln schuf (Rump und Zwiener-Collins 2021, Zoch und Wamsler 2024). Dass Krisensituationen eine solche Situation schaffen können, hat sich in der Vergangenheit international bei einer Vielzahl von Krisen gezeigt. Und es zeigte sich in vielen europäischen Ländern auch während der Corona-Krise (Eurofound 2022)

Nach dem Aufschwung, der für eine längere Zeit einen Ausnahmezustand des Vertrauens schuf, gingen die Vertrauenswerte wieder zurück. Nicht, weil nun die Kritik an den Corona-Maßnahmen größer wurde, sondern vor allem, weil die Ausnahme-situation des „Rally round the flag“-Phänomens verblasste. Dass manches an der Durchführung kritisiert wurde (siehe auch Der Spiegel 2021, COSMO 2025), bedeutet dabei keine Infragestellung der Corona-Politik. Der Anteil derer, die ein Verständnis für Corona-Proteste hatten, blieb selbst in Zeiten gestiegener Unzufriedenheit mit der Corona-Politik konstant auf niedrigem Niveau (Arlt et al. 2023: 8, Abb. 6).

¹⁴ Manche Autoren nennen nicht die von ihnen als relevant erachteten Ursachen, sondern schreiben, lediglich, dass die Regierung in der Corona-Krise ihr Vertrauen verloren hätte (so z.B. Best et al. 2023).

¹⁵ Ein anderes Ergebnis – ein reduzierter sozialer Zusammenhalt und ein gesunkenes Vertrauen – wird in der Untersuchung von Boehnke et al. (2024) beschrieben. Vermutlich handelt es sich dabei um einen Methodeneffekt: Während die Untersuchungen vor der Corona-Krise auf einer Telefonbefragung beruhten, wurde in der Zeit von Corona und später ein Wechsel zu Online-Befragungen vorgenommen. In diesen gibt es im Allgemeinen eine Neigung, sich unzufriedener zu äußern als in Telefonbefragungen – ob aus reduzierten sozialen Erwünschtheitseffekten oder anderen Gründen, sei dahingestellt.

Um einschätzen zu können, wie es sich mit dem Regierungsvertrauen im „Normalzustand“ statt im Ausnahmezustand verhält, ist daher angeraten, die Zeit vor der Corona-Krise in den Blick zu nehmen: das Jahr 2019. Und daran gemessen lag das Vertrauen im Jahr 2021 – und z.T. auch noch 2022 – über dem der Vor-Corona-Zeit (vgl. Institut für Demoskopie 2023: Schaubild 3, S.13). Die Sonderstellung der Corona-Krise wird ebenfalls deutlich, wenn man stärker auf die Handlungskompetenzen hin fokussiert: Gefragt, ob der Staat in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme in der Lage sei, sie zu erfüllen, oder ob er überfordert sei, meinten im Jahr 2019 61 % der Befragten, er sei überfordert. 2020 sank die Zahl derer, die eine Überforderung konstatierten, auf 40 %. Und entsprechend stieg die Zahl derer, die an eine Handlungskompetenz des Staates glaubten, auf eine Mehrheit an. 2021 hatte sich diese Konstellation bei dieser Frage jedoch schon wieder verändert, lag der Wert für wahrgenommene Überforderung bei 51 %, 2022 bei 66 %, 2023 bei 69 % und 2024 bei 70 % (Deutscher Beamtenbund 2024: 4). Einmal mehr erkennt man an dieser Zahlenreihe: Vergleiche mit der Corona-Zeit und nicht mit der Vor-Corona-Zeit zu beginnen, macht den Ausnahmefall zur Grundlage und führt zu falschen Schlussfolgerungen

Dass zu strenge Maßnahmen eine Erosion des Vertrauens auslösten, ist noch aus einem anderen Grund zweifelhaft. Denn bis weit in das Jahr 2022 hinein war die Mehrheit der Deutschen der Ansicht, dass man entweder die bisherige Praxis im Umgang mit Corona beibehalten oder noch strenger vorgehen solle. Wenn Unzufriedenheit mit dem Umgang mit der Corona-Krise geäußert wurde, dann war dies eher auf zu wenig als zu viele Einschränkungen ausgerichtet. Im Dezember 2021 meinten lediglich 17 % der Befragten, die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie gingen zu weit. 20 % hielten sie für angemessen, und für 60 % gingen sie nicht weit genug (Infratest-dimap 2021). Im Januar 2022 sank – im Gefolge sinkender Corona-Inzidenzen – zwar die Zahl derer, die sich für noch strengere Maßnahmen aussprach. Aber dies änderte nichts an den grundlegenden Mehrheitsverhältnissen. Die Kritiker blieben weiterhin in der Minderheit. Der Anteil derer, denen die Maßnahmen zu weit gingen, stieg im Januar 2022 um acht Prozentpunkte auf 25 % und einen Monat später auf lediglich 35 % (infratest-dimap 2022a, b).

Das Bild mehrheitlich geteilter Unterstützung der staatlichen Corona-Politik korrespondiert mit der Beurteilung der einzelnen Maßnahmen. Der Aussage, dass der Staat in Zeiten schwerer Epidemien das Recht habe, Versammlungsverbote zu erteilen, stimmten Mitte 2021 85 % der Befragten mit „auf jeden Fall“ oder mit „eher ja“ zu, in Bezug auf eine Maskenpflicht 89% (Rippel und Seipel 2025: 80). Im November 2021 sprachen sich im Hinblick auf die aktuelle Lage 67 % für eine Beschränkung von Kontakten aus, und 71 % befürworteten eine allgemeine Impfpflicht für Personen ab 18 Jahre (Infratest-dimap 2021). Selbst im Februar 2022, als die geplante Impfpflicht konkrete Gestalt annahm und Tausende von

Impfgegnern ihren Protest auf die Straße brachten – es waren die größten Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen (Reuband 2022) –, belief sich in der Bevölkerung die Zahl derer, die sich gegen eine geplante Impfpflicht aussprachen, auf lediglich 30 % (infratest-dimap 2022b).

Von einem „Kippunkt“ des Vertrauens in die Regierung aufgrund ihrer Pandemie-Politik, wie von manchen Autoren behauptet (so Klapsa 2024), kann also nicht die Rede sein. Auch wenn der Rückgang der Zahl derer, die meinen, die Regierung würde ihre Arbeit „gut“ machen, im Verlauf der Corona-Krise einsetzte – eine zeitliche Koinzidenz ist kein Beleg für kausale Zusammenhänge. Was aber waren dann die Elemente, die das Vertrauen in die Handlungskompetenz der Regierung nach Abebben des „rally round the flag“-Phänomens längerfristig erodieren ließen? Dieser Frage kann hier aufgrund ihrer Komplexität und der unterschiedlichen Entscheidungen und Akteure, die daran beteiligt waren, nicht näher nachgegangen werden. Aber es lässt sich zumindest skizzieren, welche Sorgen die Bevölkerung vermehrt beeinträchtigten, welche Probleme als Herausforderungen wahrgenommen wurden und wie sehr die Corona-Krise in den Hintergrund trat.

Ab 2021 stiegen die Ängste um ökonomische Einbußen in der Bevölkerung. Dass „Inflation, dass das Geld immer weniger wert ist“ von ihnen als Bedrohung empfunden wird, meinten 2019 und 2020 26 % der Befragten, 2022 aber bereits 51 %. Und dass sie sich große Sorgen über „die Preissteigerungen, die Inflation“ machen, äußerten 2023 gar 76 % (Köcher und Schweinsberg 2022, 2023, 2024). Es handelt sich keineswegs um eine imaginierte Wahrnehmung jenseits der Realität. Vielmehr steigt in dieser Zeit tatsächlich die Inflation, und die Entwicklung der Sorgen geht ihr parallel (R+V 2024).

Zusätzliche Sorgen machte sich die Bevölkerung ab Frühjahr 2022 über den Krieg in der Ukraine, dass die Lage in Europa und der Welt immer unberechenbarer wird, und dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte (Petersen 2024: Tab. A1). In den Jahren 2022 und 2023 kamen Probleme der Energie-Versorgung hinzu – sie waren eine Folge des Russland-Angriffs auf die Ukraine –, und sie dominierten zeitweise die Agenda (Forschungsgruppe Wahlen 2025). Ängste um die Versorgung gipfelten zeitweise gar in staatliche Empfehlungen, sich einen Vorrat anzulegen für den Fall von Stromausfällen. Die Corona-Krise geriet währenddessen in den Hintergrund, zumal sich auch die Corona-Lage verbesserte. Im Januar 2021 äußerten noch 50 % der Befragten die Sorge, dass man die Pandemie „nicht mehr in den Griff bekommt“, im Januar 2022 60 %, im Januar 2023 aber nur noch 16 % (Köcher und Schweinsberg 2021, 2022, 2023).

In zunehmendem Maße gewann aber noch ein anderes Thema an Bedeutung – eines, das es schon mal früher gab, wenn auch etwas anders akzentuiert als in den Jahren 2015/16: das Thema Migration. Ab Mitte 2022 stieg die Zahl der Bürger, die das Thema der Zuwanderung als eines der wichtigsten aktuellen

Probleme bezeichnete (Forschungsgruppe Wahlen 2025) – vermutlich zunächst bezogen auf die Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine gemeint, später auch in Bezug auf andere Flüchtlinge und Migranten. Das Thema avancierte relativ schnell auf den ersten Platz der Problemnennungen. In einer Umfrage von Januar 2025 nannten die Befragten die Zuwanderung bzw. Flucht als eines der beiden wichtigsten Probleme, um welche sich die Politik kümmern müsse. An zweiter Stelle stand die Wirtschaft (infratest-dimap 2025). Ähnlich das Meinungsbild einen Monat später, in einer Umfrage vom Februar 2025. Gefragt, welche der „drei folgenden Themen Ihnen in Ihrem Land die größten Sorgen“ bereite, wurde als erstes mit 44 % die Einwanderung genannt, an zweiter Stelle mit 36 % Kriminalität und Gewalt sowie an dritter Stelle mit 31 % die Inflation (Ipsos 2025).

Anzunehmen ist, dass steigende Migrationszahlen dazu führen, Migration zu einem Thema der gesellschaftlichen Problemwahrnehmung zu machen, und dass dies wiederum für die Betroffenen die Wahl der AfD mit ihrem Fokus auf die Migrationskrise denkbar erscheinen lässt. Dabei dürfte das politische Selbstverständnis, hier gemessen an der eigenen Links-Rechts-Einstufung, wiederum einen moderierenden Einfluss ausüben. Befragte mit einer rechten Selbstpositionierung dürften die Zuwanderung eher als ein gravierendes Problem sehen und dies stärker gewichten als Personen im linken oder mittleren politischen Spektrum. In der Tat gibt es einen deutlichen Zusammenhang in der Nennung dieses Problems mit der politischen Selbsteinstufung. Unter denen, die sich links auf der Links-Rechts-Skala verankerten, sahen 2023 (im Rahmen einer offenen Frage)¹⁶ nur 13 % die Zuwanderung als Problem, unter denen in der Mitte waren es 23 % und unter denen im rechten Spektrum 37 %.¹⁷

Untersucht man in einem weiteren Schritt, in welchem Umfang die Nennung der Migration als Problem vor dem Hintergrund der politischen Selbsteinstufung einen Effekt auf die AfD-Wahl ausübt, so wird deutlich, wie sehr politisches Selbstverständnis und Problemwahrnehmung auf die AfD-Wahl kumulativ einwirken: Unter denen, die sich links sehen, macht es kaum einen Unterschied aus, ob Migration genannt wird oder nicht. Wohl aber ist dies der Fall bei denen, die sich rechts positionieren: Wo die Zuwanderung nicht als Problem genannt wird, neigen bei ihnen 25 % zur Wahl der AfD, und wo sie als Problem genannt wird, sind es mit 48 % doppelt so viele. In dem Maße, wie die Migrationssituation in der

¹⁶ Werden Kategorien vorgegeben, so werden gewöhnlich mehr gelistet als wenn es sich um eine Frage handelt, bei denen die Befragten sich spontan ein Urteil bilden müssen. Daher sind diese Werte eher im unteren Bereich des tatsächlichen Meinungsspektrums anzusetzen. Zur Frage und zum Stellenwert offener und geschlossener Fragen am Beispiel der Motive für die Teilnahme an PEGIDA-Kundgebungen siehe Reuband (2018)

¹⁷ Quelle: Politbarometer 2023, eigene Auswertung. Die Zahlen differieren allerdings innerhalb des Jahres sehr stark nach Monat. Sie erreichten zeitweise – so im Oktober 2023 – Höchstwerte: 34 % unter denen mit linker Selbsteinstufung, 52 % unter denen mit mittlerer Selbsteinstufung und gar 68 % unter denen mit rechter Selbsteinstufung.

Bevölkerung zunehmend als Problem verstanden wurde, relativierte sich freilich das Alleinstellungsmerkmal der AfD-Anhänger in dieser Frage. Sie blieben nicht die einzigen, die dem Thema eine besondere Prominenz verliehen. Dass man weniger Flüchtlinge als bisher aufnehmen solle, meinte Anfang 2025 nicht nur eine Mehrheit der AfD-Wähler, sondern ebenso eine Mehrheit der Bevölkerung (68 %). Auch die Antworten auf analoge Fragen in anderen Erhebungen gehen in die gleiche Richtung (u.a. Pollytix 2024). Und die AfD wurde von nennenswerten Teilen der Bevölkerung als die Partei gesehen, die mit den Herausforderungen der Zuwanderung am ehesten umgehen kann. Im Januar 2025 nannten auf diese Frage hin 28 % der Bundesbürger die CDU, 22 % die AfD, 10 % die SPD, 6 % die Grünen. Und 23 % meinten, dass keine Partei über die Kompetenz verfüge, die Probleme der Zuwanderung zu bewältigen. Das größte Vertrauen in die eigene Partei in dieser Frage zeigten mit 87 % die AfD-Anhänger (RTL/ntv 2025)

6. Wahl aus Protest oder Überzeugung?

Neu auftretende Probleme oder solche Konstellationen, die als Problem wahrgenommen werden, bringen eine neue Dynamik in das politische Geschehen. Damit kann auch das Potential an Unzufriedenheit steigen, je nachdem wie sehr diese Probleme als lösbar oder nicht lösbar erscheinen, und je nachdem, ob im politischen System eine Repräsentationslücke wahrgenommen wird oder nicht. Wie es sich mit den AfD-Wählern in dieser Hinsicht verhält, darüber sind in der Vergangenheit unterschiedliche Positionen vertreten worden. Auf der einen Seite wurde den AfD-Wählern primär eine Protestmotivation zugeschrieben, auf der anderen Seite primär eine Wahl in Übereinstimmung mit den eigenen politischen Ansichten. Gelegentlich verband man damit auch die Vorstellung zeitlichen Wandels. Zu Beginn der AfD-Entwicklung hätten Protestwähler in starkem Maße dominiert, inzwischen sei die Wahl aus Überzeugung vorherrschend (Faus 2024: 192).

Wo den Wählern eine Protestmotivation zugeschrieben wurde, wurde die Frage nach den Wahlgründen entweder unter Vorgabe einer Liste unter Einschluss einer Kategorie für „Protest“ oder im Rahmen einer offenen Frage erhoben. Und wo den Wählern eine ideologische Übereinstimmung zugeschrieben wurde, geschah dies oftmals ebenfalls unter Verwendung der Kategorie, man wähle die Partei aus Überzeugung. In wenigen Fällen wurden auch die Optionen explizit einander gegenübergestellt oder als Mehrfachoption angeboten (z.B. YouGov 2024). Welche Vorgehensweisen auch gewählt wurden – gemeinsam ist ihnen, dass sie der Komplexität des Wahlverhaltens nur begrenzt gerecht werden.

So schließt die Wahl aus Protestgründen – als eine Kategorie unter den Antwortvorgaben – eine Übereinstimmung auf ideologischer oder issue-spezifischer Ebene nicht aus. Denn diese kann der Maßstab dafür sein, warum bestimmte Ereignisse und politische Handlungen überhaupt als Problem wahrgenommen werden,

gegen die man protestiert. Umgekehrt muss derjenige, der sagt, er wähle die AfD gemäß seinen Überzeugungen, nicht notwendigerweise jemand sein, der mit dem Programm und der Ideologie der AfD in toto übereinstimmt. Womöglich geht es nur um das Thema der Zuwanderung, und die Übereinstimmung erstreckt sich allein auf dieses Issue. Eine Entscheidung für Rechtspopulismus oder Rechtsextremismus als Programm muss dies nicht notwendigerweise beinhalten. Die Übergänge sind fließend.¹⁸

Will man ermesen, wie sehr reiner Protest, unabhängig von den eigenen ideologischen Überzeugungen, den Maßstab des Handelns bildet, sind andere Strategien als die oben genannten nötig: entweder indem die Bewertung des gesamten Parteienspektrums vorgenommen und geprüft wird, wie sehr die Sympathien des Befragten anderen Parteien und nicht der AfD gelten und er trotzdem bereit ist, die AfD zu wählen (oder dies bereits getan hat). Oder indem man die politischen Einstellungen des Befragten zum Maßstab wählt und daran misst, wie sehr eine AfD-Präferenz in Übereinstimmung mit den eigenen rechtspopulistischen Einstellungen steht. Unternimmt man eine derartige Prüfung, wird deutlich: Der Anteil derer, die als reine Protestwähler verstanden werden können, beläuft sich unter den AfD-Wählern auf eine Minderheit (Schäfer und Reinl 2022: 100, Fitzpatrick und Harfst 2025, vgl. auch Arzheimer 2024). Die Mehrheit, so das Fazit, gründet ihr Urteil auf eine Übereinstimmung in zentralen Fragen.

Entsprechend sind Personen mit rechtspopulistischen Einstellungen unter den Wählern überrepräsentiert. Aber deren Repräsentanz ist nicht über alle Dimensionen dieser Einstellungen hinweg gleichermaßen stark. Manche sind eher davon betroffen als andere – und dies nicht nur gemessen am Unterschied zur Bevölkerung, sondern ebenso an den Unterschieden zwischen den Dimensionen. Nimmt man die Skalenwerte, die aus der Zusammenfassung der Indikatoren zu den Dimensionen erwachsen, als Maßstab und legt entsprechende Cut-Off-Werte an, so findet man in „manifest rechtsextremer“ Form unter den AfD-Wählern im Jahr 2024 die „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ bei 16,9 % (vs. 3,2 % in der Bevölkerung), „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ bei 9,5 % (vs. 1,6 %), (National-)„Chauvinismus“ bei 37,5 % (vs. 15,2 %), „Ausländerfeindlichkeit“ bei 60,5 % (vs. 21,8 %) (Decker et al. 2024b: 52, 56).

¹⁸ Wie sehr Protest und ideologische/issuespezifische Motive dicht nebeneinander liegen, zeigt sich u.a. in einer bundesweiten Erhebung bei der Nachfrage an diejenigen, die von sich sagen, sie könnten sich vorstellen, die AfD zu wählen. Unter ihnen meinten 78 % im Jahr 2023, sie könnten mit der Wahl der AfD „ein Zeichen setzen, dass ich mit der derzeitigen Politik unzufrieden bin“. Zugleich sagten 71 %, die AfD habe „als einzige Partei ein vernünftiges Konzept für die Einwanderung nach Deutschland“. Und 71 % meinten, sie hätten das Gefühl „unter der Führung der anderen Parteien geht das Land den Bach runter“ (Petersen 2023a).

Nach diesen Zahlen nimmt die „Ausländerfeindlichkeit“ – die eher ethnozentrischen Ressentiments als einem reinen Rassismus ähnelt¹⁹ –, den bedeutendsten Platz ein. Dass das Thema der Migration einen zentralen Stellenwert in der Problemwahrnehmung der AfD-Wähler einnimmt – und dieser mit steigender Migrantenzahl im Lauf der jüngeren Zeit zugenommen hat –, zeigt sich auch in der Ansicht, dass der Zuzug von Ausländern „stärker begrenzt“ werden sollte: im Jahr 2023 z.B. meinten dies 99 % der AfD-Wähler und 72 % in der Bevölkerung (Pollytix 2024).

Trotz der Konsistenz, die in Bezug auf die politische Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala und dem Wahlverhalten weithin vorherrscht, ist Inkonsistenz in Ausnahmefällen nicht ausgeschlossen. Wie es sich mit denjenigen verhält, die sich widersprüchlich geben, ist bislang jedoch wenig erforscht. Die Betroffenen stellen keinen größeren Teil der AfD-Wählerschaft dar, aber ihr Anteil kann in Subgruppen durchaus eine nennenswerte Größe erreichen. So liegt unserer Analyse zufolge im ALLBUS 2021 der Anteil der AfD-Wähler, welche der Regierung überhaupt kein Vertrauen entgegenbringen (Skalenwert 1 einer 7-stufigen Skala), und sich gleichzeitig auf der Links-Rechts-Skala als politisch links einstufen, in Westdeutschland bei 5 %, in Ostdeutschland jedoch bei 17 %. Und bei einer Einstufung als politische Mitte liegt der AfD-Anteil unter denen ohne Vertrauen in Westdeutschland bei 21 % und in Ostdeutschland bei 43 %.

Diese Diskrepanz könnte ein Hinweis für ein überproportional starkes Protestverhalten unter den Ostdeutschen sein. Sie könnte aber auch bedeuten, dass sich das Verständnis von „links“ und „rechts“ in Ost- und Westdeutschland unterscheidet oder dass die Ostdeutschen mit der AfD in Teilen andere Assoziationen verbinden als die Westdeutschen – sie womöglich seltener Aspekte des Rassismus mit der AfD in Verbindung bringen als z.B. Aspekte sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit im wiedervereinigten Deutschland oder Fragen sozialer Deprivation und lokalen kollektiven Niedergangs.

Dass sich die AfD Anhänger in ihren rechtspopulistischen Einstellungen und Befürchtungen – insbesondere in Fragen der Migration – von der Gesamtbevölkerung unterscheiden, ist das eine. Wie sie sich in Fragen der Einstellung zum Parlamentarismus und zur Demokratie unterscheiden, das andere – und wurde bemerkenswert selten in Untersuchungen erfragt. Sicher ist: Es herrscht in starkem Maße eine populistische Attitüde vor, die eine grundlegende Kluft zwischen Regierung und Bevölkerung behauptet. „Die führenden Leute in Politik und den Medien leben in ihrer eigenen Welt, aus der sie auf den Rest der Bevölkerung herab-

¹⁹ Der Begriff der Ausländerfeindlichkeit suggeriert eine überaus starke Ablehnung von Ausländern, tatsächlich aber werden mit den Fragen (siehe Tabelle 1) eher ethnozentrische Ressentiments gemessen. Die Ausländerfeindlichkeit stellt lediglich den harten Kern all dessen dar.

blicken“. Dieser Aussage stimmten unlängst 69 % der AfD-Anhänger zu, in der Bevölkerung 39 % (Körber Stiftung 2024).

Unzufrieden mit dem Funktionieren – der aktuellen Praxis – der Demokratie äußert die Mehrheit der AfD-Wähler (Petersen 2023, Pokorny 2024: 5, infratest-dimap 2024a). Aber dies bedeutet nicht, dass die Demokratie als solche abgelehnt wird. Gefragt, ob sie die Demokratie „ganz allgemein für eine gute Regierungsform oder für eine nicht so gute Regierungsform“ halten, gaben 76 % an, es wäre eine gute Regierungsform und nur 24 % waren der gegenteiligen Meinung. In der Bevölkerung hielten mit 93 % zwar etwas mehr Befragte, die Demokratie für eine gute Regierungsform, aber die Unterschiede sind nicht allzu groß (Petersen 2023a, ähnlich Infratest-dimap 2024a). Was sie unter Demokratie verstehen und was sie für wichtig halten, wurde allerdings nicht weiter erfragt. Dazu liefert eine Umfrage der Körber-Stiftung nähere Informationen. Die Angaben sind etwas versteckt im Anhang einer Internet-Präsentation zu finden und deshalb hier in *Tabelle 3* wiedergegeben.

Tabelle 3: Beurteilung von Eigenschaften der Demokratie als „sehr wichtig“ durch AfD-Wähler und Bevölkerung (in %)

	AfD-Wähler	Bevölkerung
Dass die Bürgerinnen und Bürger in Freiheit leben können	75	77
Die Wahlen frei und geheim sind	73	76
Die Parlamente und Gerichte die Regierung kontrollieren	56	55
Dass jede/r ihre/ seine Meinung sagen kann	82	76
Dass alle Bürger und Bürgerinnen vor dem Gesetz gleich sind	76	80
Dass es im Land gerecht zugeht	78	79
Dass der Staat das Gewaltmonopol hat	25	33

Frageformulierung: „Man kann ja unterschiedlicher Meinung sein, was an der Demokratie wichtig ist. Wie wichtig sind Ihnen persönlich die folgenden Werte?“ (Vorgaben wie oben aufgeführt). *Antwortkategorien* „sehr wichtig – wichtig – weniger wichtig – gar nicht wichtig“ (oben aufgeführt „sehr wichtig“)

Quelle: Körber Stiftung (2024), Erhebung von 2024

Die Tabelle listet den Anteil derer auf, welche die jeweilige Eigenschaft als „sehr wichtig“ einstufen. Würde man diejenigen dazu nehmen, die diese als „wichtig“ einstufen, lägen die Zahlen z.T. beträchtlich höher. Würde man z.B. bei der Aussage „Dass Parlamente und Gerichte die Regierung kontrollieren“ den Anteil für „wichtig“ dazurechnen, käme man bei den AfD-Wählern auf 86 % statt auf 56 % und in der Bevölkerung auf 91 % statt 55 %. Dass sich die Werte bei Einbeziehung der Kategorie „wichtig“ erheblich erhöhen, gilt durchweg auch für die anderen genannten Elemente von Demokratie. Mit dem Fokus auf „sehr wichtig“ kann man jedoch besser erfassen, wie unterschiedlich die Emphase ist, mit der diese Werte geteilt werden.

Man kann der Übersicht entnehmen, dass sich die Unterschiede zwischen den Wählern der AfD und der Bevölkerung in Grenzen halten. Sie belaufen sich in der Regel auf einige wenige Prozentpunkte. Was die AfD-Wähler von der Bevölkerung stärker unterscheidet, ist die Art des Demokratiemodells. Hier gibt es unter den AfD-Wählern eine stärkere Präferenz für die direkte Demokratie als für die repräsentative Demokratie (Best et al. 2023: 24).²⁰ Eine derartige Präferenz ist in der Bevölkerung und ebenso unter den Wählern aller anderen Parteien weniger stark ausgeprägt. Die Präferenz für die direkte Demokratie auf Seiten der AfD-Wähler bedeutet andererseits nicht, dass dem Parlament eine grundsätzlich weniger bedeutende Rolle zugesprochen wird als dies die Bevölkerungsmehrheit tut. Dass die Bundesregierung „wichtige Entscheidungen ohne Zustimmung des Bundestages“ fällen sollte, meinten unter AfD-Wählern nur wenig mehr als in der Bevölkerung: 39 % vs. 33 % (Körber Stiftung 2024).

Paradox erscheinen die Angaben zum Stellenwert eines starken Mannes (oder Frau), der sich gegen alle Widrigkeiten durchsetzt. „Brauchen wir angesichts der vielen Probleme im Land, Politiker und Politikerinnen, die mehr Macht und Durchsetzungswillen haben, um schnelle und durchgreifende Entscheidungen zu treffen?“ Diese Frage bejahten 62 % der AfD-Wähler und 60 % der Bevölkerung. Die Unterschiede sind vernachlässigenswert. Andererseits stimmten in einer bundesweiten (Online-)Umfrage im Jahr 2024 41 % (vs. 19 % in der Bevölkerung) dem Satz zu „Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wähler kümmern muss“ (Pollytix 2024). Die Bejahung muss nicht zwingend als Präferenz für eine Diktatur gemeint sein – dies legen auch die Antworten auf ähnliche Fragen in der hier herangezogenen Umfrage der Leipziger Forschergruppen zum Autoritarismus nahe²¹ –, aber die Bejahung lässt zumindest eine gewisse Anfälligkeit für charismatische Führungspersönlichkeiten erkennen, die sich gegen äußere Widerstände auch von Seiten des Parlaments durchsetzen.

7. Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum

Wenn die AfD nicht aus Protest, sondern aus Überzeugung gewählt wird – und wenn man mit dem, was sie repräsentiert, subjektiv weitgehend oder vollständig übereinstimmt –, bedeutet dies, dass sie aus einer rechtspopulistischen Motivation auch mit stark rechtsextremen Elementen heraus gewählt wird? Wird die AfD gewählt „nicht obwohl, sondern weil sie rechtsextrem ist“ (Küpper und Zick 2024: 58). Die AfD auf Bundesebene gilt laut Verfassungsschutz immerhin als

²⁰ Diese Position ist auch eine, welche die AfD als Partei vertritt und sie 2021 dazu brachte, im Bundestag einen Gesetzesentwurf zur Einführung der Direkten Demokratie auf Bundesebene einzubringen. Der Entwurf wurde abgelehnt (Deutscher Bundestag 2021).

²¹ Die manifest rechtsextreme „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“, gemessen über die drei dazugehörigen Indikatoren, erbrachte unter den AfD-Wählern einen Anteil von 16,9 %, in der Bevölkerung von 3,2 % (Decker et al. 2024b: 52, 56).

„Verdachtsfall“ für Rechtsextremismus, in einigen Bundesländern – wie Sachsen – gilt der jeweilige Landesverband gar als „gesichert rechtsextrem.“ Hinzu kommen von Seiten führender AfD-Politiker immer wieder Reden und Äußerungen mit mehr oder minder rechtsextremem Tenor. Und in manchen Fällen ist ihr Sprachduktus nicht allzu weit von einer Terminologie entfernt, die in der Zeit des Dritten Reiches üblich war.

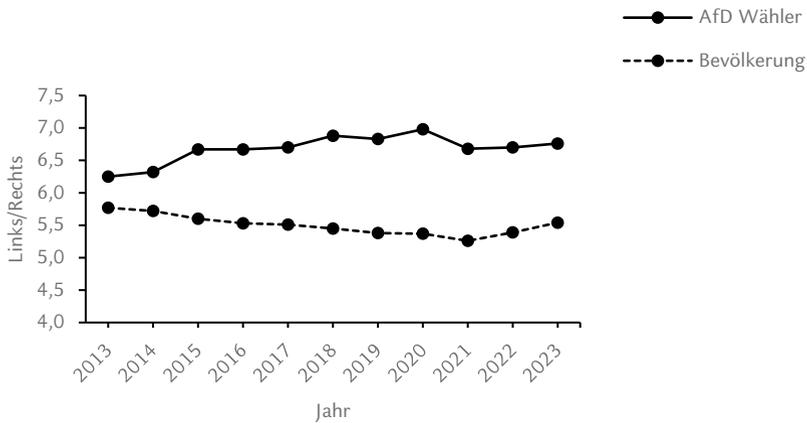
Wie kann es angesichts all dessen, was als Rechtsextremismus und Nazi-Nähe gilt, sein, dass so viele Menschen dennoch die AfD wählen? Mögen sie auch Ziele der Partei teilen, so können sie doch nicht übersehen, was die Partei und ihre Akteure auch jenseits dieser Ziele vertreten bzw. in welcher Form dies geschieht. Bedeutet die Wahl also eine Identifikation mit rechten Extremismen? Nehmen die Wähler in Kauf oder billigen sie das, was als Zeichen rechtsextremistischer Gesinnung gilt? In der politischen Selbsteinstufung sind die AfD-Wähler rechts von der Mitte angesiedelt. Und diese Tendenz hat sich im Verlauf der Jahre – eher graduell als grundsätzlich – verstärkt (vgl. auch Klein et al. 2022). 2013, kurz nach Gründung der Partei mit damals primär eurokritischen Fokus, lag das arithmetische Mittel auf der 11-stufigen Links-Rechts-Skala des Politbarometers bei 6,25 (und damit rechts vom rechnerischen Mittelwert, der bei 5,5 liegt).²² Seitdem hat sich der Mittelwert immer weiter nach rechts verschoben und belief sich im Jahr 2020 auf 6,98. In den folgenden Jahren sank er wieder etwas ab.²³ Welche Gründe für diesen Rückgang verantwortlich sind – ob sich darin Effekte der Corona-Krise widerspiegeln,²⁴ der Zuwachs von neuen Gruppen, die traditionell nicht aus dem rechten politischen Spektrum stammen, oder andere Gründe –, ist eine offene Frage. Sicher ist jedenfalls: Der Wert ist nach 2022 nicht weiter gesunken, der Wert von 2024 liegt höher als der von 2022 (Pollytix 2024).

²² Die den Befragten im Telefoninterview vorgegebene Skala reichte von 0 bis 10. Im dem Datensatz des Politbarometers wurde dies in eine Skala zwischen 1 und 11 umetikettiert. Bei einer 11-stufigen Skala liegt rein rechnerisch der Mittelwert bei 5,5, also zwischen den als Antwortoption möglichen Werten 5 und 6. Nicht auszuschließen ist, dass bei Vorgabe einer Skala zwischen 0 und 10 manche Befragte die 5 als Mittelwert interpretieren und sich daran in ihrer eigenen Einstufung und der Einstufung der anderen Parteien orientieren.

²³ 2021 lag der Wert im Politbarometer bei 6,68, 2022 bei 6,70 und 2023 bei 6,76 (jeweils mit Gesamtgewicht gewichtet). In einer bundesweiten Online-Befragung (mit einer Skala von 0-10) lag der Wert 2022 bei 6,4 und 2014 bei 6,6 (Pollytix 2024). In der Pollytix-Erhebung wurde der Mittelwert auf der Basis der Originalskala mit 0 als Ausgangspunkt gerechnet, in unserer Analyse wurde mit 1 als Ausgangspunkt gerechnet (vgl. Anm. 22), die Mittelwerte sind daher nicht direkt vergleichbar.

²⁴ Während der Corona-Krise ging, wie eingangs dargestellt, die Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen zurück. Da diese mit der Links-Rechts-Selbsteinstufung korrelieren, ist es denkbar, dass davon auch die Selbsteinstufung betroffen war. Zu den intervenierenden Mechanismen, welche den Effekt der Corona-Krise auf die politischen Einstellungen herstellten, liegt bisher keine Forschung vor.

Abbildung 2: Links-Rechts-Selbsteinstufung durch AfD-Wähler und Bevölkerung im Zeitverlauf (arithmetisches Mittel)



Quelle: Politbarometer, GESIS ZA7856, 8785; eigene Auswertung; Links-Rechts-Skala von 1-11 codiert

Während sich die Selbsteinstufung der AfD-Wähler auf dem Links-Rechts-Kontinuum seit Gründung der AfD nach rechts verschob, verschob sich in der Bevölkerung die Selbsteinstufung immer mehr nach links (*Abbildung 2*). Legt man nicht die Angaben für die Bevölkerung zugrunde, sondern die Angaben, die für die Nicht-Wähler der AfD gelten, tritt dieser Effekt naturgemäß noch stärker hervor. Noch sichtbarer wird daran die steigende Polarisierung, die sich aus den gegenläufigen Entwicklungen der Anhänger und Nicht-Anhänger der AfD ergibt. Angesichts dessen mögen manche AfD-Wähler das Gefühl haben, dass sie sich gar nicht so sehr nach rechts bewegt haben, sondern dass ihre Umwelt sich eher nach links bewegt hat.²⁵

Gemessen an der Selbsteinstufung der Bevölkerung früherer Jahrzehnte auf dem Links-Rechts-Kontinuum, sind die AfD-Anhänger so sonderlich abweichend nicht. In den 1980er Jahren lag der Durchschnittswert auf dem Links-Rechts-Kontinuum in der (westdeutschen) Bevölkerung bei Werten bis zu 6,29 und unter den CDU Wählern bei Werten bis zu 7,82.²⁶ Daran gemessen wären die AfD-Wähler in

²⁵ Wie sehr diese Wahrnehmung tatsächlich eingetreten ist, darüber sagt die Links-Recht-Einstufung natürlich nur begrenzt etwas aus. Wie es sich auf der Ebene der Einstellungen verhält, wäre zu prüfen, ist hier aber nicht das Thema.

²⁶ Nach dem Politbarometer lagen die Werten der (westdeutschen) Bevölkerung 1980 bei 6,34, 1982 bei 6,21, 1987 bei 6,29 und unter CDU-Wählern 1980 bei 7,73, 1982 bei 7,82 und 1987 bei 7,67 (eigene Auswertungen). Die Corona-Krise reduzierte die Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen, wie zuvor in diesem Beitrag dargelegt. Da rechtspopulistische Einstellungen mit der Links Rechts-Selbsteinstufung korrelieren, ist es daher denkbar, dass sich infolgedessen auch die Selbsteinstufung stärker von rechts zur Mitte verschob.

ihrem Selbstverständnis heutzutage eher links davon angesiedelt. Würde man die Selbsteinschätzung aus noch früheren Jahren – etwa der 1950er Jahre – nehmen, so wäre das Meinungsbild nicht grundsätzlich anders: 1956 stuften sich doppelt so viele rechts als links ein.²⁷

Der Grund für die längerfristig veränderte Selbsteinstufung der Bevölkerung dürfte nicht nur in Veränderungen auf der gesellschaftspolitischen Einstellungsebene liegen, sondern ebenfalls in veränderten Assoziationen, die mit den Begriffen „links“ und „rechts“ verknüpft sind: Links bedeutete in den 1950er Jahren insbesondere Kommunismus, und in den 1970er und 1980er Jahren bestanden Assoziationen zum Linksterrorismus und der RAF. Sich eher rechts zu positionieren, dürfte zu dieser Zeit daher für nicht wenige Befragte eine Abgrenzung von wahrgenommenen Extremen bedeutet haben.

Dass sich unter den AfD-Wählern eine Verschiebung ihrer Selbsteinstufung in der Frühzeit der Partei nach rechts vollzog, mag man in Teilen noch dem reduzierten Fokus der Partei auf die Euro-Krise zurechnen. Doch in den späteren Jahren hatte sich dieser aufgelöst, entsprechend können darüber nicht mehr die Veränderungen des Selbstbildes erklärt werden. Dass sich in der späteren Zeit eine Verschiebung nach rechts ereignete, kann zweierlei bedeuten: Zum einen, dass sich Änderungen des Erscheinungsbildes der AfD darin widerspiegeln – der zunehmende Einfluss des rechten „Flügels“ und dessen Widerspiegelung in den Präferenzen und dem Selbstbild ihrer Wähler. Zum anderen kann es aber auch bedeuten, dass das bestehende Potential an AfD-Wählern stärker ausgeschöpft wird und Personen aus dem eher rechten Rand vermehrt aktiviert wurden.

8. Politische Abweichung und die subjektive Konstruktion von „Normalität“

In ihrer Selbsteinstufung stehen die AfD-Wähler zwar eher rechts, aber sie sehen die Partei nicht als rechtsextrem an, so wie es die meisten Bürgerinnen und Bürger tun. Während 80 % der Bundesbürger die Partei am extremen rechten Rand des Links-Rechts-Skalometers verorten (auf den letzten beiden Positionen der Skala), tun dies unter den AfD-Anhängern nur 23 %.²⁸ Und während die Mehrheit der Bevölkerung die AfD als „rechtsextrem“ einstuft und den Aufstieg der AfD als besorgnis-

²⁷ Es handelt sich um das erste Mal, dass in der Bundesrepublik in einer Umfrage die Selbsteinstufung entlang der Links-Rechts-Dimension erfragt wurde. Nach einer Frage zum Verständnis von Links und Rechts wurde gefragt „Würden Sie von sich selbst sagen, dass sie eher rechts oder eher links stehen?“ Daraufhin antworteten 52 %, sie würden rechts stehen, und 26 % meinten, sie würden eher links stehen. Der übrige Teil platzierte sich in der (nicht explizit vorgegebenen) Mitte oder bekundete, unparteiisch oder neutral zu sein (Noelle und Neumann 1957: 48). In späteren Erhebungen wurde die Frage vom Institut für Demoskopie in dieser Form nicht wieder gestellt (persönl. Mitteilung). Heutzutage ist dort eine 100-er Skala für die Selbsteinstufung entlang der Links-Rechts-Dimension üblich.

²⁸ Eigene Berechnungen auf der Basis des Politbarometers 2023, gewichtete Daten.

erregend erachtet (RTL/ntv 2024b), sehen sich die AfD-Wähler selbst eher im Spektrum von Normalität. Dass die Partei eine rechtsextreme Partei sei, wird in der Bevölkerung von mehr als 70 %²⁹, von den AfD-Wählern aber meist nur zwischen 5 % und 7 % bejaht (vgl. u.a. ntv 2024). Und dies ist kein Zufall: Sich selbst und die Partei in einer derartigen Weise wahrzunehmen, minimiert das Ausmaß an kognitiver Dissonanz. Man neutralisiert seinen abweichenden Status.³⁰ Man sieht sich nicht als derart abweichend, wie es andere meinen. Und man glaubt überdies, dass man in einem großen Teil politischer Fragen mit der Gesamtbevölkerung übereinstimmt. Dass die politischen Vorstellungen der AfD von einem großen Teil der Wähler für richtig gehalten werden, meinten im Februar 2024 89 % (ntv 2024).

Dass sich ein großer Teil der AfD-Wähler in seinem Freundes- und Bekanntenkreis in einem eher homogenen politischen Milieu bewegt (Hirndorf 2022) – diese Tendenz scheint in den letzten Jahren noch gestiegen zu sein (Ellerbrock 2022) –, dürfte zusätzlich die Neigung fördern, sich im Spektrum politischer „Normalität“ zu verorten (dazu Reuband 2024b: 142ff). Ähnliche Wirkungen sind von der Mediennutzung her zu erwarten, bei der eine Distanz gegenüber den etablierten Medien gehalten wird (bzw. diese generell nicht genutzt werden) und den sozialen Medien der Vorzug gegeben wird, die oftmals AfD-nahe Positionen vermischt mit Verschwörungstheorien (Schultz et al.2021) vermitteln. Dass der Verfassungsschutz die Partei in Teilen als rechtsextrem klassifiziert, erscheint dabei fast als eine Marginalie. Die AfD-Anhänger stehen dem Verfassungsschutz distanzierter gegenüber, haben in ihn weniger Vertrauen als die Bevölkerung (Pokorny 2024: 15). Und selbst wenn die AfD in Teilen als rechtsextrem gelte, so meinten in den Jahren 2023 und 2024 zwischen zwei Drittel und vier Fünftel der AfD-Anhänger

²⁹ Dass die AfD „eine rechtsextreme Partei ist“, „in ihr rechtsextremes Gedankengut weit verbreitet ist“, oder „sie eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland ist“, geben in der Bevölkerung mehr als 70 % an (Forschungsgruppe Wahlen 2024 a-c). Lässt man die Möglichkeit partieller oder ambivalenter Antworten (wie „unentschieden“) zu, sinken die Werte zwar, aber der grundsätzliche Befund einer mehrheitlichen Ablehnung bleibt bestehen. „Halten Sie die AfD für eine normale demokratische Partei, oder haben Sie Zweifel?“ Im Januar 2015 äußerten daraufhin 62 % Zweifel, im Oktober 2019 63 % und im August 2023 71 % (Petersen 2023a: Tab. A1); „Halten Sie die AfD für eine extreme Partei, oder würden Sie das nicht sagen?“ Auf diese Frage gaben im September 2024 56 % an, sie würden sie für eine extreme Partei halten (Köcher 2024: Tab. A 10.). „Ist die AfD in Ihren Augen eine rechtsextreme Partei oder würden Sie das nicht sagen?“ Auf diese Frage hin bezeichneten sie im Oktober 2018 54 % als rechtsextreme Partei, im März 2020 65 % und im August 2023 55 %. Der Anteil derer, welche sich unentschieden gaben, variiert zwischen 11 % und 17 % (Petersen 2023a: Tab. A2). Für eine „ernsthafte Gefahr für unser Land“ hielten sie im Mai 2017 30 %, im August 2023 42 %. Der verbleibende Teil hielt es für übertrieben oder war unentschieden (Petersen 2023a: Tab. A 3).

³⁰ Das Konzept der Neutralisierung geht ursprünglich auf die Soziologie abweichenden Verhaltens zurück. Gresham Sykes und David Matza meinten damit die Neutralisierungstechniken von Personen, die abweichendes oder kriminelles Verhalten begehen und sich dadurch nicht als Täter und die Opfer nicht als Opfer definieren. Vgl. zum Aufbau einer abweichenden Identität auch Matza (1973).

dies sei ihnen „egal, solange sie die richtigen Themen anspricht“ (Infratest-dimap 2023, 2024b).

Angesichts dessen, was in der Rhetorik von Funktionären und führenden AfD-Politikern öffentlich proklamiert wird, mag man über die Selbsttäuschung der AfD-Anhänger und die Täuschung über die politische Positionierung der AfD und ihrer führenden Vertreter erstaunt sein. Aber was in der Realität existiert, muss nicht notwendigerweise von den Betroffenen so gesehen werden. Wenn Menschen eine Situation als real definieren, schrieb einst William I. Thomas (1928/1965), ist sie real in ihren Konsequenzen. Zu der spezifischen Wahrnehmung mit beitragen mag, dass öffentliche Äußerungen von politischen Akteuren der AfD oft mehrere Deutungen und Umdeutungen zulassen. So mag ein Teil der AfD-Sympathisanten und AfD-Wähler z.B. über die von Björn Höcke verkündete Parole „Alles für Deutschland“ irritiert sein und gegenüber der Partei auf Distanz gehen, weil dieser Aussage eine nazi-affine Orientierung zugeschrieben wird.³¹ Ein anderer Teil der AfD-Wähler aber orientiert sich womöglich weniger am formalen Charakter der Aussage als an dem Inhalt, der etwas über politische Prioritäten aussagt, und stimmt ihm zu.

Welche Motive ursprünglich auch dazu führten, sich für die AfD zu entscheiden – je häufiger diese Entscheidung in Wahlen wiederholt wird, desto häufiger ist davon auszugehen, dass sich eine stabile AfD-Parteidentifikation entwickelt, sich eine Stammwählerschaft herausbildet und die jeweiligen Wahlentscheidungen umso weniger von den jeweils aktuellen gesellschaftlichen Themen abhängen. Unter denen, die 2013 die AfD gewählt hatten und im Panel 2016 angaben, sich wiederum für die AfD entscheiden zu wollen, gaben 74 % eine Parteibindung an die AfD an (Kroh und Fetz 2016: 716). Und in einer Umfrage von 2024 bekundeten 70 % der AfD-Wähler, sie könnten sich nicht vorstellen, sich für eine andere Partei als die von ihnen gewählte zu entscheiden. Unter den Wählern der anderen Parteien lag diese Quote weitaus niedriger – am höchsten noch bei den Wählern der CDU mit einem Anteil von 58 % (Pokorny 2024: 34).

Wie sehr sich das aktuelle Vertrauen in die Partei unter den Stamm- und den Neuwählern unterscheidet und welchen Stellenwert dies hat, zeigt eine bundesweite Untersuchung von 2023 auf der Basis eines Panels unter Erwerbstätigen. Die Wahlabsichten in den drei Panelwellen dienen dabei zur Klassifikation der AfD-Wähler in Stammwähler (sie haben in allen drei Wellen eine AfD-Präferenz

³¹ Inwieweit Björn Höcke die Strafbarkeit der Aussage bewusst war, ist eine andere Frage. Es setzt zum einen die Kenntnis der SA-Parole voraus, und es setzt zum anderen die Kenntnis der Strafbarkeit voraus. Ein Geschichtslehrer, so eine seinerzeit häufig vorgebrachte Argumentation gegen Höcke, müsste das wissen. Dass die Kenntnis selbst unter Experten des NS-Staates nicht verbreitet ist, darauf verweist Jürgen Falter in einem Beitrag unter dem Titel „Im Zweifel gegen den Angeklagten?“ (2024). Ähnlich die Überschrift in einem aus juristischer Sicht verfassten Beitrag in der taz (Rath 2024).

bekundet), Wiederwähler (sie haben sich nach unterbrochener Historie der AfD Wahl in der letzten Panelwelle wieder für die AfD entschieden) und Neuwähler (Sie wählen in der dritten Welle erstmals die AfD). Danach bekundeten 71 % der Stammwähler ein „sehr großes“ oder „großes Vertrauen“ in die Partei, unter den Wiederholungswählern waren es 49 % und unter den Neuwählern 20 %. Der verbleibende Teil der Neuwähler äußerte nur ein mittelmäßiges (49 %) oder geringes/kein Vertrauen (30 %) (Hövermann 2023). In welchem Ausmaß sich darin eine Ambivalenz der Wahl widerspiegelt oder dies auch methodische Gründe hat, sei dahingestellt.³²

In dem Maße, wie wiederholt die gleiche Partei gewählt wird, steigt gewöhnlich die Parteibindung und damit die Wahrscheinlichkeit von Rückwirkungen, die aus der Identifikation mit der Partei erwachsen. Die Partei wird in gewissem Maße zu einer Bezugsgruppe, an der man sich orientiert. Es entsteht eine Wechselwirkung zwischen der Selektion der Partei als Repräsentanten der eigenen politischen Einstellungen und der Sozialisation durch die Partei qua Identifikation mit ihr und der Wahrnehmung ihrer (realen oder imaginierten) Positionen zu unterschiedlichen Themen.

9. Schlussbemerkungen

Rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen haben weder im Langzeitverlauf noch in jüngerer Zeit zugenommen. Vielmehr lassen sie z.T. sogar rückläufige Tendenzen erkennen. Diese Entwicklung mag angesichts des Aufstiegs der AfD in der Wählerpopularität paradox erscheinen, aber sie ist nicht einzigartig und trifft nicht nur auf Deutschland zu. Ähnliche Verhältnisse gelten – wie Larry M. Bartels (2023) dargelegt hat – für die meisten europäischen Länder, in denen es zum Aufstieg rechtspopulistischer oder rechtsextremer Parteien gekommen ist. Auch hier ist eher eine Konstanz als ein Anstieg zu erkennen. Bartels Vergleichszeitraum ist zwar kürzer als unserer und die Indikatorenzahl geringer. Aber das Bild, das sich ergibt, ist das Gleiche.

Die Wähler der AfD zeichnen sich in überproportionalem Maße durch rechtspopulistische bis hin zu rechtsextremen Einstellungen aus. Insbesondere das Thema der Migration nimmt dabei eine herausgehobene Rolle ein. In Anbetracht dessen

³² Dass das Vertrauen der Neuwähler in ihre Partei so gering war, könnte auch eine Folge der Operationalisierung über die Wahlabsicht und nicht über die zuletzt von ihnen getätigte Wahl sein. Und so ist denkbar, dass sich viele von ihnen noch in gewissem Umfang kognitiven Ambivalenzen ausgesetzt sehen, ihre Wahlpräferenz noch nicht vollends auskristallisiert ist. Wäre die letzte getätigte Wahlentscheidung der Maßstab, so wäre vermutlich der Anteil mit geringem Vertrauen seltener – schließlich wird in der Wahlentscheidung eine Auswahl aus mehreren Alternativen getroffen und sowohl vor als auch nach der Wahlentscheidung werden Prozesse kognitiver Konsistenz mobilisiert, welche die Alternativen aus dem Entscheidungskalkül ausklammern und die getätigte Wahl subjektiv rechtfertigen.

sind sie nicht als Protestwähler zu verstehen, sondern als Personen, die eine Wahl gemäß ihren politischen Einstellungen vornehmen. Zusammen mit dem Befund, wonach sich die Verbreitung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen nicht erhöht hat, legt dies nahe, dass sich der Anstieg der AfD-Wählerzahl in jüngerer Zeit vor allem auf eine vermehrte Rekrutierung aus dem Segment mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen stützt. Dabei übt das sinkende Vertrauen in die Regierung und in ihre Handlungskompetenz ebenso wie die Wahrnehmung der Migration als Problem eine dynamisierende, beschleunigende Funktion aus. Gäbe es beides nicht, wäre die Mobilisierung schwächer.

So wenig sich die AfD-Wähler von der Bevölkerung in der Bestimmung essentieller Eigenschaften der Demokratie unterscheiden – abgesehen von einer stärkeren Betonung plebiszitärer Elemente –, so grundlegend unterscheiden sie sich andererseits in ihrem Urteil über die politische Praxis. Diese gilt aus ihrer Sicht als defizitär gegenüber den demokratischen Normen (Körper Stiftung 2024). Und die Kluft zwischen Bevölkerung und Regierung wird als derart groß wahrgenommen, dass der Regierung allenfalls 5 % der AfD-Wähler Vertrauen entgegenbringen (Best et al. 2023: 29). Besonders an der Flüchtlingspolitik kristallisierte sich der Unmut heraus. Gefragt, ob diese „alles in allem“ richtig oder nicht richtig sei, äußerten im Jahr 2024 rund zwei Drittel der Bevölkerung ihre Missbilligung, unter den AfD-Wählern taten es mit 98 % praktisch alle (Köcher und Schweinsberg 2024). Und das Vertrauen darauf, dass in diesem Zusammenhang angekündigte Maßnahmen realisiert würden – so etwa im Umgang mit kriminellen Migranten –, beschränkte sich auf eine Minderheit (RTL/ntv 2024a).

Vermutlich mitbeeinflusst durch das plebiszitär gefärbte Demokratieverständnis, die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik und Reminiszenzen an die Einschränkungen der Corona-Zeit, weist das Urteil der AfD-Wähler teilweise geradezu fundamentalistisch geprägte Züge auf. So stimmten im Mai/Juni 2024 85 % dem Satz zu „Die regierenden Parteien betrügen das Volk“. Zusammen mit den „teil/teils“-Antworten summiert sich dies auf 96 % (in der Bevölkerung auf 24 %, vgl. Brettschneider 2024). 61 % stimmten 2024 gar dem Satz zu „Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie“. Zusammen mit denen, welche als Antwort „teils/teils“ wählten, resultiert daraus ein Gesamtwert von 82 % (in der Bevölkerung 23 %; vgl. Brettschneider 2024). Ähnlich hohe Werte ergeben sich in den Antworten auf eine verwandte Frage (in der ohne „teils/teils“-Kategorie gefragt wurde). Ihr zufolge stimmten in den Jahren 2023 und 2024 80 % der AfD-Wähler dem Satz zu „Wir leben gar nicht in einer richtigen Demokratie“ (infratest-dimap 2023, 2024).

Die AfD gilt in der Bevölkerung mehrheitlich als rechtsextrem. Die Wähler der AfD erscheinen aus dieser Sicht als Personen, die sozial und politisch abweichend sind. Die AfD-Wähler stufen sich zwar auf der Links-Rechts Skala mehrheitlich im

rechten Spektrum ein (und weichen in dieser Hinsicht von den Mehrheitsverhältnissen in der Bevölkerung ab), sie gehen aber nicht so weit, dass sie sich selbst und die Partei als rechtsextrem einzustufen. Womöglich erklärt sich dies z.T. darüber, dass sie die repräsentative Demokratie als politisches System per se nicht grundsätzlich ablehnen, allenfalls direktere Repräsentationsverfahren präferieren. Ebenso bedeutsam – wenn nicht gewichtiger – dürfte sein, dass sie sich in einer sozialen Umwelt bewegen und eine Mediennutzung betreiben, die es ihnen erlaubt, die eigene Position innerhalb des Spektrums von „Normalität“ zu verorten. Sie finden hier nicht nur sozialen und emotionalen Rückhalt, sondern sind auch Informationen und Realitätsdefinitionen ausgesetzt, die ihr eigenes Weltbild homogenisieren. Aus dieser Sicht reduziert sich für sie das Ausmaß an kognitiver Dissonanz, sehen sie sich sozial und politisch als weniger abweichend an als sie es realiter gesellschaftlich sind.

Dies schließt nicht aus, dass sie in der erweiterten sozialen Umwelt – jenseits des Freundes- und Bekanntenkreises – auch Missbilligung erwarten. Die Vorstellung, dass man mit seinen Ansichten auf negative Reaktionen stoßen und man nicht ungefährdet seine Meinung äußern kann, ist weithin unter den AfD-Wählern verbreitet, stärker als in der Bevölkerung (infratest-dimap 2023). Dass sich darin jenseits der globalen Kulturkritik auch eine Aussage über das eigene Befinden widerspiegelt, ist anzunehmen. Aber diese Wahrnehmung der erweiterten sozialen Umwelt und ihrer Missbilligung dürfte durch das Vorkommen einer politisch relativ homogenen Umwelt im Freundes- und Bekanntenkreis in gewissem Maße abgemildert und relativiert werden.

Literatur

- American Jewish Committee (2025): The ADL global 100: index of antisemitism (<https://www.adl.org/adl-global-100-index-antisemitism>; Zugriff 08.04.2025)
- Arlt, D., J. Wolling, S. Schaller und C. Schumann (2023): Die politische Krise der Corona-Pandemie und die Rolle der Medien, in: Media Perspektiven, 7 (https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2023/MP_7_2023_Politische_Krise_der_Corona-Pandemie.pdf; Zugriff 11.04.2025)
- Arzheimer, K. (2024): Ist die AfD eine Protestpartei?, in: M. Quent und F. Virchow, Hrsg., Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot und Machtübernahme, München, S. 36-47
- Bartels, L.M. (2023): Democracy erodes from the top. Leaders, citizens, and the challenge of populism in Europe, Princeton/Oxford
- Benz, W., Hrsg. (2020): Streitfall Antisemitismus. Anspruch auf Deutungsmacht und politische Interessen, Berlin

- Best, V., F. Decker, S. Fischer und A. Küppers (2023): Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?, Bonn/Bad-Godesberg
- Boehne, K., G. Dragolow, R. Arant, K. Unzicker (2024): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2023, Bielefeld
- Brettschneider, F. (2024): Demokratie Monitor 2024. Universität Hohenheim. Institut für Kommunikationswissenschaft. Stuttgart
- Cheema, S.-N. und M. Mendel (2025): Sehnsucht nach Avi Primor, in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.04.2025, S. 12
- COSMO (2025): COVID-19 Snapshot Monitoring, Erfurt
- DAWUM (2025): Neuste Wahlumfragen (<https://dawum.de/>; Zugriff 08.04.2025)
- Decker, O. und E. Brähler (2005): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 42, S. 8-17
- Decker, O., J. Kiess, A. Heller und E. Brähler, Hrsg. (2024a): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen, Gießen
- Decker, O., J. Kiess, A. Heller und E. Brähler (2024b): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: O. Decker, J. Kiess, A. Heller und E. Brähler, Hrsg., Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen, Gießen, S. 29-100
- Der Spiegel (2021): Vertrauen in Corona-Kompetenz der Regierung sinkt deutlich, in: Der Spiegel (Online), 22.02.2021 (https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-politik-in-deutschland-vertrauen-in-grosse-koalition-sinkt-a-a172086d-b0b4-44ea-8ef6-c3070d275b44?sara_ref=re-so-app-sh; Zugriff 08.04.2025)
- Deutscher Beamtenbund (2024): dbb Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2024. Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger (https://www.dbb.de/fileadmin/user_upload/globale_elemente/pdfs/2024/240626_130624_Buergerbefragung_Oeffentlicher_Dienst_2024.pdf; Zugriff 08.04.2025)
- Deutscher Bundestag (2021): Widerstand gegen AfD-Vorstoß zur direkten Demokratie auf Bundesebene. Berlin (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-de-direkte-demokratie-821786>; Zugriff 08.04.2025)
- Ellerbrock, S. (2022): Partisan agreement and disagreement in voters discussion networks, in: R. Schmidt-Beck, S. Roßteutscher, H. Schoen, B. Weßels und C. Wolf, Hrsg., The changing German voter, Oxford, S. 143-162
- Eurofound (2022): Maintaining trust during the COVID-19-pandemic. Luxembourg

- Falter, J. (2024): Im Zweifel gegen den Angeklagten? Das Urteil gegen Björn Höcke wirft Fragen auf, in: Focus (online) 17.05.2024 (https://hybrid.focus.de/experts/afd-mann-schuldig-im-zweifel-gegen-den-angeklagten-urteil-gegen-ho-ecke-wirft-viele-fragen-auf_id_259950483.html?_sp_pass_consent=true; Zugriff 08.04.2025)
- Faus, J. (2024): AfD im Aufwind und das Verstimmen der Mitte, in: M. Quent und F. Virchow, Hrsg., Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot und Machtübernahme, München, S. 189-200
- Fitzpatrick, S. und P. Harfst (2023): Protest oder Ideologie? Bestimmungsgründe für die Wahl der AfD in Niedersachsen, in: Demokratie-Dialog 14-24, Göttingen, S. 70-80
- Forschungsgruppe Wahlen (2015): Politbarometer Oktober 2015
- Forschungsgruppe Wahlen (2016): Politbarometer April 2016
- Forschungsgruppe Wahlen (2024a): Politbarometer Februar 2024
- Forschungsgruppe Wahlen (2024b): Politbarometer Mai 2024
- Forschungsgruppe Wahlen (2024c): Politbarometer September 2024
- Forschungsgruppe Wahlen (2025): Politbarometer: Langzeitentwicklung – Themen im Überblick (https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/; Zugriff 10.04.2025)
- Gaschke, S. (2022a): „Die Corona-Politik verspielt unser Vertrauen!“, in: Bild (online), 10.02.2022
- Gaschke, S. (2022b): Fast jeder Vierte hegt Zweifel an der Demokratie in Deutschland, in: Die Welt (Online), 09.02.2022
- Hinz, Th., A. Marczuk und F. Multrus (2025): Antisemitismus und pro-palästinensische Proteste an Hochschulen: Befragungsergebnisse bei Studierenden und Hochschulleitungen, Universität Konstanz, Working Paper Series „The politics of inequality“ Nr. 43, April 2005, Konstanz
- Hirndorf, D. (2022): „Wir müssen reden“. Politische Diskussionen im Wahlkampf (Forum Empirische Sozialforschung, Konrad Adenauer Stiftung). Berlin
- Hövermann, A. (2023): Das Umfragehoch der AfD. Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wählerschaft aus dem WSI Erwerbspersonenpanel. WSI Report Nr. 92, 2023
- Hyman, H. (1972): Secondary analysis of sample surveys, Middletown, Conn.
- Infratest-dimap (2021): ARD-DeutschlandTREND November 2021, Berlin
- Infratest-dimap (2022a): ARD-DeutschlandTREND Januar 2022, Berlin
- Infratest-dimap (2022b): ARD-DeutschlandTREND Februar 2022, Berlin

- Infratest-dimap (2023): Umfrage zur aktuellen politischen Stimmung in Deutschland, September 2023 (<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-extra-afd-100.html>; Zugriff 10.04.2025)
- Infratest-dimap (2024a): Demokratiezufriedenheit, Berlin (<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/demokratiezufriedenheit/>; Zugriff 10.04.2025)
- Infratest-dimap (2024b): ARD-DeutschlandTREND Februar 2024, Berlin
- Infratest-dimap (2025): ARD-DeutschlandTREND Januar 2025, Berlin
- Institut für Demoskopie (2023): Roland Rechtsreport 2023, Allensbach/Köln
- Ipsos (2025): Sorgenbarometer: Stimmung im Land so schlecht wie noch nie, Ängste vor Migration und Extremismus nehmen zu. Hamburg (<https://www.ipsos.com/de-de/stimmung-im-land-so-schlecht-wie-noch-nie-angste-vor-migration-und-extremismus-nehmen-zu>; Zugriff 08.04.2025)
- Klapsa, K. (2024): Der Kipppunkt des Vertrauens – im Osten und darüber hinaus, in: Die Welt (online), 11.09.2024 (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article253441030/Corona-Politik-Der-Kipppunkt-des-Vertrauens-im-Osten-und-darueber-hinaus.html>; Zugriff 08.05.2025)
- Klein, M., C. Kühling und F. Springer (2022): Die Wählerschaft der Alternative für Deutschland (AfD), in: U. Brinkmann und K.-H. Reuband, Hrsg., Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung, Wiesbaden, S.193-192
- Köcher, R. (2024): Die Wähler blicken nach vorn. Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Dr. R. Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 219 vom 19. September 2024, Institut für Demoskopie, Allensbach
- Köcher, R., und K. Schweinsberg (2021): Der 12. Sicherheitsreport. Eine Studie zur inneren und äußeren Sicherheit in Deutschland im Jahr 2012 (Centrum für Strategie und Höhere Führung), Bonn
- Köcher, R. und K. Schweinsberg (2022): Der 13. Sicherheitsreport. Eine Studie zur inneren und äußeren Sicherheit in Deutschland im Jahr 2022 (Centrum für Strategie und Höhere Führung), Bonn
- Köcher, R. und K. Schweinsberg (2023): Der 14. Sicherheitsreport. Eine Studie zur inneren und äußeren Sicherheit in Deutschland im Jahr 2023 (Centrum für Strategie und Höhere Führung), Bonn
- Köcher, R. und K. Schweinsberg (2024): Der 15. Sicherheitsreport. Eine Studie zur inneren und äußeren Sicherheit in Deutschland im Jahr 2024 (Centrum für Strategie und Höhere Führung), Bonn
- Körber Stiftung (2024): Demokratie in der Krise (<https://koerber-stiftung.de/projekte/demokratie-in-der-krise-umfrage-2024/>; Zugriff 08.04.2025)

- Kraske, M. und D. Laabs (2024): Angriff auf Deutschland. Die schleichende Machtergreifung der AfD, München
- Kroh, M. und K. Fetz (2016): Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei verändert, in: DIW Wochenbericht, 83, Nr. 34, S. 711-719
- Küpper, B., A. Zicke und M. Rump (2021): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21, in: A. Zick und B. Küpper, Hrsg., Die geforderte Mitte. Rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn, S. 75-111
- Küpper, B. und A. Zick (2024): Wer wählt die AfD und warum?, in: M. Quent und F. Virchow, Hrsg., Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot und Machtübernahme, München, S. 48-59
- Lehmann, P., T. Matthieß und S. Riegel (2019): Die AfD-Programmatik auf Landes-ebene – immer das Gleiche?, in: W. Schroeder und B. Weißels, Hrsg., Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament, Bonn, S. 144-156
- Matza, D. (1973): Abweichendes Verhalten. Untersuchungen zur Genese abwei-chender Identität, Heidelberg
- Meulemann, H. (2024): Sind die Deutschen antisemitisch (geworden)?, in: Zeit-schrift für Parteienwissenschaften (MIP), Nr. 3, S. 237-266 (<https://doi.org/10.24338/mip-2024237-266>; Zugriff 08.04.2025)
- Noelle, E. und E. P. Neumann (1957): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, Allensbach am Bodensee
- ntv (2024): Umfrage zeigt verzerrte Weltsicht der AfD-Wähler, 13.02.2024 (<https://www.n-tv.de/politik/Umfrage-zeigt-verzerrte-Weltsicht-der-AfD-Wae-mler-article24732389.html>; Zugriff 10.04.2025)
- Petersen, Th. (2023a): Protest und die Sorge vor Einwanderung. Eine Dokumenta-tion des Beitrags von Dr. Th. Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeit-ung Nr. 196 vom 24. August 2023, Institut für Demoskopie, Allensbach
- Petersen, Th. (2023b): Glück in schwierigen Zeiten. Eine Dokumentation des Bei-trags von Dr. Th. Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 298 vom 21. Dezember 2023, Institut für Demoskopie, Allensbach
- Petersen, Th. (2024): Der Widerstandsreflex. Eine Dokumentation des Beitrags von Dr. Th. Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 195 vom 22. August 2024, Institut für Demoskopie, Allensbach
- Pollytix (2024): AfD-Wählende im Fokus. Erkenntnisse aus der Forschung, Berlin (https://pollytix.de/wp-content/uploads/2024/08/pollytix_AfD-Waehlende-im-Fokus-Erkenntnisse-aus-der-Forschung_August-2024.pdf; Zugriff 08.04.2025)
- Pokorny, S. (2024): Bäumchen wechsel dich? Politische Einstellungen im Wandel. Konrad Adenauer Stiftung, Berlin

- Rath, C. (2024): Im Zweifel gegen den Angeklagten, in: die tageszeitung, 15.05.2024 (<https://taz.de/Urteil-gegen-AfD-Politiker/!6010828/>; Zugriff 17.04.2025)
- Reuband, K.-H. (2018): Motive des Pegida-Protests: Verbreitung, Struktur und Entwicklung unter dem Einfluss der „Flüchtlingskrise“, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung (MIP), 24, S. 90-100 (URL: <https://mip.prof.hhu.de/article/view/102/94>; Zugriff 10.04.2025)
- Reuband, K.-H. (2022): AfD-Affinitäten, Corona-bezogene Einstellungen und Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine empirische Analyse auf Bundesländerebene, in: Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), 28, Heft 1, 2022, S. 67-91 (<https://doi.org/10.24338/mip-202267-94>; Zugriff 11.04.2025)
- Reuband, K.-H. (2023): Gibt es eine „alarmierende“ Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung? Widersprüchliche Befunde, offene Fragen und die Corona-Zeit als Sonderfall der Entwicklung, in: Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), Heft 3, , S. 377-419 (<https://doi.org/10.24338/mip-2023377-419>; Zugriff 08.04.2025)
- Reuband, K.H. (2024a): Die Entwicklung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen in ostdeutschen Bundesländern und Berlin. Der Stellenwert von Corona-Krise und AfD-Wählerpotential, in: Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), Heft 1, S. 59-81 (<https://doi.org/10.24338/mip-202459-81>; Zugriff 08.04.2025)
- Reuband, K.-H. (2024b): Soziale Imagination und interpersonale politische Kommunikation. Pluralistische Ignoranz und Redebereitschaft unter Anhängern rechtspopulistischer Bewegungen – das Beispiel PEGIDA, in: Zeitschrift für Politik, 71, S. 103-144
- RIAS (2025): Bericht dokumentierter antisemitischer Vorfälle 2023, Berlin
- Rippl, S. und C. Seipel (2024): „Der Merkel Maulkorb“. Die Politisierung staatlicher Maßnahmen im Kontext der Corona-Pandemie, in: Soziale Probleme, 36, S. 73-93
- RTL/ntv (2024a): RTL/ntv Trendbarometer 18.06.2024
- RTL/ntv (2024b): RTL/ntv Trendbarometer 13.08.2024
- RTL/ntv (2025a): RTL/ntv Trendbarometer 28.01.2025
- R+V Versicherung (2024): Die Ängste der Deutschen (<https://www.ruv.de/newsroom/themenspezial-die-aengste-der-deutschen>; Zugriff 08.05.2025)
- Rump, M. und N. Zwiener-Collins (2021): What determines political trust during the COVID-19 crisis? The role of sociotropic and egotropic crisis impact, in: Journal of Elections, Public Opinion and Parties, 31, Sup.1, 259-271

- Schäfer, C. und A.-K. Reinl (2022): Mit der Demokratie versöhnt?, in: U. Brinkmann und K.-H. Reuband, Hrsg., Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung, Wiesbaden, S. 85-110
- Schmitt-Beck, R., J. van Deth und A. Staudt (2019): Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende. Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs, in: Baden-Württemberg-Stiftung, Hrsg., Demokratie Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017. Studien zu Demokratie und Partizipation, Wiesbaden, S.15-51
- Schultz, T., M. Ziegele, N. Jacob, I. Jacobs, O. Quiring und C. Schemer (2021): Verschwörungsglaube, Medienzynismus und Militanz: Einstellungen und Informationsquellen von Menschen mit AfD-Wahlpräferenz – ein Beitrag zur Radikalisierungsforschung, in: Zeitschrift für Rechtsextremismus, S. 11-12
- Statista (2025): Wie sehr vertrauen Sie den politischen Parteien?, in: Statista (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153820/umfrage/allgemeines-vertrauen-in-die-parteien/>; Zugriff 10.04.2025)
- Thomas, W.I. (1965): Person und Sozialverhalten., Neuwied
- YouGov (2024): Landtagswahlen im Osten: Wer ist die potentielle AfD-Wählerschaft in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, YouGov 27.08.2024 (<https://yougov.de/politics/articles/50402-landtagswahlen-im-osten-wer-ist-die-potenzielle-afd-wahlerschaft-in-thuringen-sachsen-brandenburg>; Zugriff 10.04.2025)
- Zick, A., B. Küpper und N. Mokros, Hrsg. (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn
- Zick, A. und N. Mokros (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte, in: Zick, A., B. Küpper und N. Mokros, Hrsg., Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn, S. 53-90
- Zoch, G. und S. Wamsler (2024): From rally to reality: unveiling long-term dynamic in political trust over two years of COVID-19 in Germany, in: Political Research Exchange, 6: 1